

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57, Bülowstr. 21
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6489
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint alle 14 Tage Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. Postzeitungsliste Nr. 3104

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 16000 Exemplaren.

Inhalt.

Am Jahreschluss! — Schwarze Demagogen. — Von den Vaterlandspatrouillen Leipzigs. — Abstimmung betreffend die Wahl von Delegierten zum 5. Deutschen Gewerkschaftskongress. — Die Schlacht und Viehhofsarbeiter Berlins. — Münchener Brief. — Brief von der „Walterkant“. — Die Stadtverordneten-Wahl in Mainz. — Lohnverhältnisse hessischer Staatsarbeiter. — Notizen für Gasarbeiter. — Ein Wort zur Anlegung von Verbandsgeldern. — Aus unserer Bewegung. — Aus den Stadtparlamenten. — Kommunale Mühsal. — Mitteilungen für den Verammlungsanwärter. — Anzeigen

Am Jahreschluss!

Weihnachts- und Sylvesteralden, Lichterglanz und Gläserklang, Tannenduft und Fenchelaroma, erinnern uns an das Hinabtauchen des Jahres in das Meer der Vergangenheit. Eine kurze Spanne noch und auch das Jahr 1904 ist abgelaufen.

Wir schreiten uns wieder an, die Jahresbilanz zu ziehen und stellen Enttäuschungen, nichterfüllte Hoffnungen und Verluste gewissenhaft in Rechnung, und prüfen auf der Gewinnseite etwaige Erfolge, Errungenschaften und erfüllte Erwartungen.

So halten wir einen Rückblick zunächst jeder für seine eigene Person und dann wieder wir alle für unser Gesellschaftsleben. Wir halten Einkehr und machen sozusagen eine innere und äußere Inventur. Ach, diese große Inventur pflegte bisher in der Regel für uns Proletarier nicht sehr erbaulich auszufallen, und erst seitdem die Arbeitererschaft über große gefestigte Gewerkschaften, Genossenschaften und ein starkes Parteigebilde verfügt, zeigen sich Lichtblicke. Unsere Kollegen werden erleichtert an die Mühen und Plagen, die das Tagewerk reichlich mit sich brachte, zurückdenken. Die vorwärtstrebende Arbeitererschaft leistet aber nicht nur ein Tagewerk zum Erwerb des Lohnes, sondern neben dieser Tagesarbeit auch noch ein großes Kulturwerk im Gewerkschafts-, Partei- und Genossenschaftsleben. Der Kampf um Erhöhung des Lohnes, Verkürzung der Arbeitszeit, die Sicherung der sozialen Position in mannigfacher Beziehung erfordert große Kräfte. Der Ausbau und die Ausbreitung der Organisation, die Propaganda der Solidarität, kostet viel Zeit, viel Mühe, viel Ausdauer; aber der organisierte Arbeiter darf stolz sein auf sein Werk.

Auch die in unserem Verbands vereinigte Gemeinde- und Staatsarbeiter haben ihr redlich Teil getan. Unser

Verband ist größer und stärker geworden und auch das Vertrauen in die Organisation hat sich gefestigt. Allerdings ist manche Verbandsfiliale, manche Sektion nicht ganz auf ihre Rechnung gekommen. Manche Forderung steht noch aus, und mancher Wunsch ist unerfüllt geblieben. Wir kennen aber die vor uns liegenden Schwierigkeiten und werden deshalb nicht kleinmütig. Wir wissen, daß die Vorbedingung für das Gelingen unseres Werkes, das ja nicht das Werk eines Jahres, sondern einer ganzen Kulturperiode ist, ein gefestigter solidarischer Geist ist.

Unser Zeitalter ist das der großen Arbeiterorganisationen, und es macht sich auch für die Arbeiter der Staats- und Gemeindebetriebe geltend. Wir haben noch viel Rückständigkeit in den Anschauungen der Vorgesetzten, der Beamten und auch in der Stimmung unserer Kollegen zu überwinden. Es wird uns gelingen!

So werden neue Hoffnungen in uns geweckt, neue Pläne reifen zu neuen Taten.

Auch unserer Verbandschriften „Die Gewerkschaft“ und „Die Sanitätswarte“ wollen wir gedenken. Wir dürfen einen reichen Gewinn an eifriger guter Mitarbeit aus allen Teilen des Reiches feststellen. Überall kommt ein ausgezeichnete Geist und ein ernstes Wollen zum Ausdruck.

Den braven unermüdeten Mitstreitern aus Nord und Süd, aus Ost und West unseren herzlichsten Dank.

Wir hoffen das Beste für die Fortentwicklung unserer Bewegung und wünschen allen unseren Verbandskollegen

**fröhliche Weihnachten
und ein glückliches neues Jahr!**

Schwarze Demagogen.

Unsere Leser werden gewiß überrascht sein über diese Ueberschrift und daß wir, wie der Titel vermuten läßt, uns in einen parteipolitischen Streit einzulassen scheinen. Es ist nicht unsere Aufgabe, noch haben wir Raum, große Diskussionen über die Grundtendenzen der politischen Parteien zu führen. Daß unsere Verbandsleitung und wahrscheinlich auch das Gros unserer Mitglieder Sozialdemokraten sind, dürfte kein großes Geheimnis sein. Dennoch ist es weder Haupt- noch Nebenaufgabe unseres Verbandes, unseren Mitgliedern sozialdemokratische Parteipolitik einzudrücken. Dies wird uns nämlich zur Abwechslung sehr zum Vorwurf gemacht. Wir sind darüber durchaus nicht emüsst, weil wir wissen, daß der bisweilen getriebene Wind unserer Kritiker sehr leicht zu solchen Urteilen führen kann. So ist es neuerdings den schwarzen Überbrennen vom Zentralverband des Süds und Transportarbeiterverbandes in München ergangen. Im Organ dieser schwarzen Gewerkschaftsverderber „Der Hilfsarbeiter“ vom 15. Dezember werden wir angeebdet wegen unseres Artikels: „Die Wahlen zu den Stadtparlamenten und die städtischen Arbeiter“.

„Der Hilfsarbeiter“ behauptet da wieder einmal Dinge, die er gewiß noch gar nicht begriffen hat. Er sagt, daß wir uns bemühen, am „roten Engelstein“ wieder lieb stünd zu werden und daß uns vom „freien“ Obertribunal ob unserer pro grammatischen „Verstümmung“ Abolution erteilt und die „Ge werkschaftsgegnern vom „Vorwärts“ ihre helle Freude an uns haben. — Das sind alles schwarze Dingegepinste, denn unsere Lattidiskussion drehte sich um ganz andere Dinge, und unser Standpunkt ist nach wie vor derselbe geblieben. Es würde uns übrigens ziemlich gleichgültig sein, wie die schwarzen Seelen vom „Hilfsarbeiter“ über diese Sachen denken, wenn sie nicht krampfhaft versuchten, ihren Lesern in ganz greulichster Weise das Hirn zu verkleinern. Unsere Aufpeitschung all der jervillen Stredte scheint zu wirken und mancher läßt sich getroffen. Der schwarze Gentleman, dessen Aufgabe es ist, den Stumpfhirn zu pflegen, schreibt, nachdem er unsere wirklich sehr erfolgreiche gewerkschaftliche Propaganda als „Simpelsang en gros“ be geißert:

Der Zureicher des Artikels hat wohl auch unter dem Partei motto: „Die Bewegung ist alles, das Endziel ist nichts“, ge arbeitet, „denn“, meint der Artiller, „der politische Stumpfhirn zeigt sich bei den Stadtverordnetenwahlen in höchster Potenz.“ Darum muß bei den Gemeindegewerkschaften die gewerkschaftliche Be wegung einsetzen, um das zu erreichen, was den Parteigangarten bisher nicht gelungen ist, nämlich die stumpfsinnigen Gemeindegewerkschaften für die sozialdemokratische Partei zu gewinnen, um als dreifache rote Gemeindegewerkschaften zu dienen.

Wir geben unserem schwarzen Bruder im Kleister die feste Versicherung, daß, wenn wir wüßten, daß die sozialdemokra tischen Volkvertreter es ebenso machten, wie die ultramontanen mit der Wahrung der Arbeiterinteressen, wir sie dann ebenso wenig empfehlen würden.

Die ganze Niedertracht schwarzer Demagogie schwält aus dem Pasquill:

„Demütler hat wohl noch kein „freier“ Gewerkschaftsverband aus der Schule geschwärt, denn letzterer Ton — —“

womit diese Stelle unseres Artikels gemeint ist: Wir gehen aber noch weiter und erklären, daß unser Verband zu einem starken Träger kommunal oder municipalsozialistischer Bestrebungen sich entwickeln muß,

— — hat den hundertfachen Verbandsagitatoren die Neutralitäts maße nicht nur geküßt, sondern vollends vom Genuß ge nommen. — — — Also hört, ihr drittlich geküßten Gemeindegewerkschaften und besonders diejenigen unserer Genußgenossen, die durch die heuchlerische Agitation des hiesigen Gemeindegewerkschaftsverbandes in dessen Name gingen, dieser Verband bestimmt nicht sozialdemokratische Gemeindegewerkschaften der Bevölkerung, der Schwab löstungen und des Stumpfhirns. — — — Der ganze Artikel sagt uns, daß diesem reinen Gemeindegewerkschaftsverbande die gewerkschaft liche Tätigkeit verwehrt und das Parteipolitische Hauptziel ist.

Wir fragen: Wann und wo haben wir jemals christliche Arbeiter beizühmt, weil sie „drüßlich“ sind?

Kein, du schwarzer Gantler, da hast du geküßt, die Unwahrheit gesagt. Aus ist jeder Arbeiter lieb, wenn er sich nur gewerkschaftlich organisieren will, und die drüßlichen sind uns die liebsten, weil sie die Mehrzahl bilden. Wir fragen unsere Mitglieder war nicht nach ihrem Religionsbekenntnis, wir glauben aber kaum, daß wir 1 Proz. Mohammedaner oder Juden darunter haben. Es werden wohl meistens Christen sein. Aber bei uns wird wahre Bruderliebe geübt. Wir be mühen nicht das Christentum als Ausbanaufbild, um dann als falsche Propheten die Armen und Geknechteten, die nach sozialer Erlösung ringen, von neuem zu verraten und zu verkaufen. Wir betreiben erdtüßliches Christentum, wir streben soziale Re formen an, wir arbeiten deshalb unermüßlich an dem Aufbau der gewerkschaftlichen Organisation und fördern auch darum einen gesunden Municipalsozialismus.

Uns wird der Vorwurf gemacht, daß uns die gewerkschaftliche Tätigkeit Nebenwache und das Parteipolitische Haupt sache sei. Diesen Vorwurf erheben solche Leute, deren aus gebrochenste Aufgabe es ist, die Arbeiter in den Meerbaum der schwarzen Partei zu zwingen, und die als Mittel zu diesem Zweck die sogenannten christlichen „Gewerkschaften“ gegen die freien Organisationen (frei nämlich vom Einfluß der Arbeit geber, Behörden und Bevormundungsgelüsten) ins Leben riefen. Die Anstiftung des „Hilfsarbeiters“ zeigt mir, daß die Leute von wirklicher Gewerkschaftstätigkeit nichts verstehen und die Situation, in welcher sich die städtischen Arbeiter befinden, nicht entfernt begriffen haben. Ihnen ist die schwarze

politik allerdings Hauptsache und die Hebung der Lage der städtischen Arbeiter Nebenwache.

Also hört ihr Gemeindegewerkschaften, im Süden und im Norden, im Osten und im Westen des Reiches: Glaubt nicht mehr den schwarzen Demagogen. Sie führen Euch in die Finsternis. So wie sie in Frankreich republikanisch im, ver suchten sie in Deutschland die Republik. In Arbeiterveramm lungen reden sie radikal, aber in den Parlamenten süßen sie sich mit den Besitzenden und Herrschenden solidarisch und ver raten die Arbeiterinteressen. Bei uns ist das Licht und das Wollen zum besseren Leben. Darum sei Euer Flag in unserem Gemeindegewerkschaftsverband!

Von den Laternenwärttern Leipzigs

wird schon seit längerer Zeit die Verbesserung ihrer Lohn und Arbeitsverhältnisse betrieben. Nach mehrjährigem Stillstande auf diesem Gebiete setzte die Bewegung im jetzigen Sommer des vorigen Jahres wieder ein. Die erste diesbezügliche Eingabe wurde denn auch dem Arbeiterausschuß noch im Hochsommer übermittelt. Selbiger versprach aber damals wenig Lust, diese Sache zu vertreten. Es bedurfte erst einer längeren Wartezeit und mander Auseinander setzung, bis das Gesuch ihre Befürworter fand. Jedenfalls ein Zeugnis dafür, daß die Arbeiterausschüsse in Leipzig zum Teil noch nicht so funktionieren, wie dies die Kollegenstadt wünscht.

Die Antwort des Rates auf die durch den Arbeiter ausschuß gegangene Petition kam dann, nachdem vorher eine roch malige Anfrage über den Stand der Dinge erfolgt war, im Geist des Antrages von der Pfennigzulage. Den Wärttern wurde nämlich, sofern sie eine mehr als sechsmonatige Dienzeit hinter sich hatten, eine Zulage von 10 Pf. pro Tag bewilligt. Der Lohn der Angänger hingegen blieb bei gleicher Dienzeit von 2,25 Mk. 2,10 Mk. Die weniger wie sechs Jahre im Dienst stehenden An gänger und Fuger sind auf dem bisherigen Lohn von 2,25 und 3,50 Mk. pro Tag stehen geblieben, sie sind also bei der „Zohn zulage“ leer ausgegangen. Für Wochenferientage werden nach wie vor 2,50 Mk. an Angänger und 3,50 resp. 3,60 Mk. an Fuger bezahlt. Letztere bekamen früher ebenfalls nur 2,50 Mk. für diese Arbeit, jetzt haben sie eine Lohnerhöhung für die Arbeitsschicht von 1,00 resp. 1,10 Mk. zu verzeichnen, dafür müssen sie aber an diesen Tagen zwei Stunden länger arbeiten.

Zur Erörterung sei noch erwähnt, daß die Arbeits teilung in der öffentlichen Verwaltung hier wie fast in ganz Sachsen in Fuger, Angänger, und Gläublicht arbeiter-Verhältnisse geteilt ist. Je ein Fuger und ein Angänger haben ein Revier von etwa 100-120 Laternen zu be sorgen. Der Fuger hat kein Revier allein zu putzen und alltaglich die Hälfte mitanzugucken. Der Angänger umgibt die andere Hälfte des Reviers an und hat außer in das monatliche Vorkuhn und die entsprechenden Wachen sowie eventuell Anwerdungen der Gläublichter zu erledigen. Vom Gläublichtarbeiter wird die Zurechtstellung der Laternen verlangt. Er ist außerdem der Zustellungs menteur, Materialiensachver und bei Abwesenheit des Aufsehers dessen Vertreter. Dies zum besseren Verständnis der hiesigen Arbeitsweise.

Die Regelung und „Verbesserung“ der Lohn und Arbeitsverhältnisse, wor sie oben angedeutet ist, behagte jedoch den Vorkennwärttern in ihrer Allgemeinheit so wenig wie auch den Gläublichtarbeitern. Letztere waren bei der ganzen Zulage überhaupt unberücksichtigt geblieben. Man wandte sich des halb in verschiedenen Vorendungen und Besprechungen von beiden Seiten gegen das allzu geringe Entgegenkommen des Rates und führte bittere Klagen über die niedrigen Löhne. Es wurde auch be schlossen, nochmals ein Gesuch um Lohnerhöhung für die Fuger und Angänger an den Rat zu machen und dieses durch den Arbeiterausschuß einreichen zu lassen. Die Vorkennwärtter aber die Rechnung ohne einzelne Mittel der des letzteren gemacht. Der Vorkennwärtter, ein Gläublichtarbeiter, lebte einfach, unter Berufung auf seine Arbeit, die Verantwortung des Gesuches ab. Mit keinem anderen Vorkennwärtter hingegen machte er gleichfalls ein Gesuch, aber unter Umarmung des Ausführenden. Der Erfolg war auch hier nur eine 20 Pf. Zulage für die Aufseher vertretung am Sonntag. Die Anwesenheit der Vorkennwärtter resp. die Entschiedenheiten einlicher haben also hier Traumbereichert. Die hiesigen Vorkennwärtter sind jedoch keineswegs dumm, die Dinge so zu lassen, wie sie sind; sie haben vielmehr in einer am Sonntag, den 6. November d. J., abgehaltenen Versammlung der Genuß der Sache Hergeleit und beschlossen, eine neue Petition, und zwar mit Umarmung des Arbeiterausschusses, also direkt an den Rat, zu machen, und zu diesem Zwecke sowohl wie zur Unterstützung und Stellungnahme verbleibender Wärtter eine weitere Versammlung am Sonntag, den 11. November d. J., abends 7 Uhr, abzuhalten. Es ist vor dem auch außerordentlich wichtig befand. Nach kurzem, einleitendem Referat, in dem kurz und klar der Stand der Dinge

geschilbert wurde, und nach recht lebhafter Diskussion nahm man gegen eine Stimme folgende Resolution an:

Die zahlreich besuchte Versammlung der städtischen Katernenwärtler und Glühlichtarbeiter erklärt, die ihnen vom Rat im Frühjahr d. J. bewilligte Lohnzulage von 10 und 15 Pf. für nur alte, sechs Jahre im Dienst stehende Leute als zu minimal und ungerecht, weil die jüngeren Arbeiter dadurch vollständig übergangen worden sind. Die Versammlung beauftragt deshalb das Bureau der Versammlung, zum zweitenmal eine Eingabe an den Rat gelangen zu lassen, in der die Verwirklichung der vorjährigen Forderungen, Wochenlöhne von 24 Mk. für Ruher und 17,50 Mk. für Anzünder usw., verlangt wird. Da jedoch der bisherige Vorsitzende des Arbeiterausschusses sich geweigert hat, diese nochmalige Eingabe den vorchriftsmäßigen Weg gehen zu lassen, so verpflichtet die Versammlung die Leitung derselben, die neue Petition direkt, also mit Umgehung des Arbeiterausschusses, an den Rat gelangen zu lassen. Die Versammlung spricht die Hoffnung aus, der Rat der Stadt Leipzig möge nunmehr den Wünschen der Katernenwärtler und Glühlichtarbeiter mehr entgegenkommen erwweisen.

Der Ausschuhvorsitzende suchte seine Handlungsweise damit zu verteidigen, daß in der ihm zugegangenen Schrift, durch die er zur Eingabe an den Rat aufgefordert wurde, die Teilnehmerzahl der betreffenden Versammlung gefehlt habe. Die Versammelten ließen aber solche Gründe nicht gelten und drückten dem Ausschuhvorsitzenden durch Annahme eines Antrages Tadel aus. Die Lohnfrage der Glühlichtarbeiter wurde zurückgestellt und die Erledigung ihrer nimmehrigen Eingabe an den Arbeiterausschuh ihnen selbst überlassen. In der Versammlung wurden noch die Mandatentworschläge für die bevorstehenden Arbeiterausschuhwahlen gemacht.

Es ist somit augenblicklich eine ziemlich lebhaft Bewegung unter den Leipziger Katernenwärtlern im Gange, und steht deshalb wohl zu hoffen, daß der Rat die Unzufriedenheit unter dieser Arbeiterkategorie dadurch dämmt, indem er ihre Wünsche erfüllt. An der Zeit wäre dies nun doch.

Urabstimmung betreffend die Wahl von Delegierten zum 5. Deutschen Gewerkschafts-Kongress.

(Bekanntmachung des Zentral-Vorstandes.)

Verbandskollegen! Im Mai nächsten Jahres findet zu Köln a. Rh. der fünfte Gewerkschaftskongress statt, zu welchem auch unser Verband Delegierte zu entsenden hat.

Den Verbänden steht das Recht zu, auf je 1000 Mitglieder einen und für die überzählende Mitgliederzahl, welche 3000 nicht erreicht, einen weiteren Delegierten zu wählen. Da wir nach unserer letzten Abrechnung 12 161 Mitglieder haben, könnten wir hiernach fünf Delegierte entsenden.

In Anbetracht des Umstandes, daß auf dem Kongress aller Wahrscheinlichkeit nach auch unsere Grenzvereine usw. zur Beratung gelangen, beschloß der Verbandsvorstand, von diesem Rechte, fünf Delegierte zu den Kongressverhandlungen entsenden zu können, Gebrauch zu machen.

Nach den Beschlüssen unseres letzten Verbandstages hat der Verbandsvorstand einen Delegierten zu ernennen, — Kollege P o e r s c h wurde bereits als solcher ernannt —, während die anderen durch Urabstimmung zu wählen sind.

Der Verbandsvorstand schreibt nun entsprechend den Bestimmungen des § 7 Absatz 6 unserer Statuts die Urabstimmung für den Monat März des kommenden Jahres aus. Als Kandidaten für die Delegation sind seitens des Verbandsvorstandes nachbenannte Kollegen normiert worden:

- D. Schaubert - Berlin,
- H. Schönberg - Hamburg,
- C. Altwater - Zittgenart,
- H. Schäfer - Mainz.

Die Vorgesetzten erklärten sich bereit, die Delegation anzunehmen, falls sie hierzu bestimmt werden sollten.

Die Älialen haben selbstverständlich das Recht, auch andere Kollegen zu wählen. Da es sich aber empfiehlt wird, zum Kongress nur unsere tüchtigsten Kräfte unter Berücksichtigung der einzelnen Landesteile hinzuschicken, so hat der Verbandsvorstand die Gesannten in Vorschlag gebracht und bittet er um Wahl derselben.

Wahlbestimmungen.

1. Die Wahlversammlungen finden im März statt und sind den Mitgliedern mindestens 8 Tage vorher mit Angabe der Tagesordnung bekannt zu geben.
2. Die Wahlen werden nur in Mitgliederversammlungen vorgenommen.
3. Die Stimmen, welche bei dem Wahlakt für die einzelnen Kandidaten abgegeben werden, sind genau zu zählen und in das

Wahlprotokoll einzutragen. Bezügliche Formulare erhalten die Älialenvorstände von der Verbandsleitung zugesandt.

4. En bloc kann nur dann gewählt werden, wenn nicht mehr als 4 Kandidaten auf der Vorschlagsliste stehen; auch in diesem Falle müssen die abgegebenen Stimmen genau gezählt werden.

5. Das Wahlprotokoll ist sofort an den Verbandsvorstand einzusenden und muß die Richtigkeit desselben von mindestens drei Vorstandsmitgliedern beglaubigt sein.

Wir bitten nun hierdurch die Älialenvorstände, für die notwendigen Wahlarrangements baldigst Sorge tragen zu wollen.

Für den Verbandsvorstand
W. P o e r s c h.

Die Schlacht- und Viehhofsarbeiter Berlins

benühen sich schon seit mehreren Jahren um eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, und besonders wurde in diesem nun zur Rüste gehenden Jahre eine intensive Organisationsarbeit geleistet, um endlich einen Erfolg zu erzielen. Am 16. Dezember fand eine große, sehr gut besuchte Versammlung statt, in welcher zu den Beschlüssen des Kuratoriums vom 30. November Stellung genommen wurde. Der Kollege Ahmann, welcher bisher die Section der Schlacht- und Viehhofsarbeiter unterstützt hatte, gab in seinem Referat ein anschauliches Bild von der gegenwärtigen Lage. Nach einer Darlegung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse ging er auf die besonderen in Betracht kommenden Punkte ein.

Vor vier Jahren fand eine der beliebtesten „Lohnregulierungen“ statt. Der Dienst war so anstrengend geworden, daß allgemein das Bedürfnis nach der Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden betont und — anerkannt wurde. Der Lohn betrug damals 3,50 Mk. pro Tag, jedoch der Pferdefuß kam hinterher: Die Direktion kürzte damals auch den Lohn dafür um eine Stunde — 35 Pf., so daß die Arbeiter dienstplanmäßig zwar nur 9 Stunden täglich arbeiteten, aber dafür nur 3,15 Mk. pro Tag bezogen. Sie war aber human und erlaubte den Arbeitern, durch Heberhänden wieder mehr zu verdienen. Auf diese Weise wurde die Arbeitszeit wieder auf 10 und 11 Stunden verlängert. Mit täglich je einer Heberhände verdienten von da ab die Arbeiter pro Woche 24 Mk. Davon ab Berücksichtungsbeiträge, blieben netto 20,08 Mk. Viel nun gar noch ein Sonntags (Puhntag usw.) in die Woche, so gab es nun noch 15,75 Mk. In der Puhntagswoche durften die Arbeiter 10 Heberstunden arbeiten, so daß sie mit Akh und Strach 18,16 Mk. verdienten.

Im Akford wurden zweifeln 1—5 Mk. pro Tag erzielt. Ein Beweis, daß die Leute doch eigentlich häufig diesen Lohn verdient hätten. Am 2. Februar d. J. wurde festgestellt, daß die Rodenarbeiter 23 Mk. Anfangslohn, nach 10 Jahren 25 Mk., nach 15 Jahren 26 Mk. hatten. Eine Woche hatte abwechselnd 65, dann 76 Arbeitsstunden. Heberstunden werden nicht bezahlt. Das macht bei 65 Stunden = 35 1/2 Pf. und bei 76 Stunden = 30 Pf. Arbeitslohn, durchschnittlich also 32 1/2 Pf. pro Stunde bei 11 1/2 bis 12 1/2 Stunden Arbeitszeit.

Die Handwerkerlöhne betragen auf dem Viehhof 53 (einer erhält 17 Pf. pro Stunde, auf dem Schlachthof dagegen 10, 15 und 20 Pf. Die Arbeit ist die gleiche, warum solche Differenzen, die keineswegs durch Altersunterschiede zu erklären sind?

Die Zustände waren unerträglich geworden, so daß sich die Arbeiter entschlossen, in ihrer Eingabe an das Kuratorium vom 4. Februar dieses Jahres folgende Forderungen mit eingehender Begründung aufzustellen:

1. Die Einführung eines einheitlichen Lohnes auf beiden Betrieben, und zwar:
 - a) Für Handwerker einen Anfangslohn von 4,50 Mk. pro Tag. Nach einem Jahre 4,95 Mk. und nach fünf Jahren 5,40 Mk.
 - b) Für Arbeiter einen Anfangslohn von 4,00 Mk. Nach einem Jahre 4,25 Mk. und nach fünf Jahren 4,50 Mk.
 - c) Für die Arbeiter beim Schanant einen Anfangslohn von 21,00 Mk. pro Woche. Nach einem Jahre 27 Mk. und nach fünf Jahren 30,00 Mk. pro Woche.
2. Einführung einer neunständigen Arbeitszeit für alle Arbeiter.
3. Abschaffung der Heberstunden. Wo sich solche aber als unumgänglich notwendig erweisen, ist eine Verablung von 60 Pf. pro Stunde zu gewähren.

Das Kuratorium befaßte sich hiermit in seiner Sitzung vom 21. Juni d. J. und beschloß, die Forderung bei der nächsten Ortsberatung auf Recht und Billigkeit zu prüfen, soweit sie sich in bestehenden Grenzen halten.

Ältere Verbesservorhaben, nämlich Verablung der Verablung für Heberstunden, wurden damals gleich veranlassen. Im allgemeinen aber standen die Arbeiter auf die Ortsberatungen ihre Bestimmungen setzen zu dürfen. Alles war geplant. Am 30. November fanden diese Beratungen statt. Was ist dabei heraus gekommen?

Kann gar nichts! Ein Unrecht wird man wieder gut machen. Endlich will man den seit Jahren festgesetzten Tagelohn

von 3,50 Mk. zahlen. Seit Jahren besteht bekanntlich eine Verfügung des Magistrats, nach welcher ein Mindestlohn von 3,50 Mk. gezahlt werden soll. Also das, was schon seit Jahren eingeführt sein sollte, will man jetzt endlich gewähren. In der Stadtwereordneten Versammlung vom 15. Februar d. J. beauftragte der Herr Oberbürgermeister Michler, daß für einen normalen Arbeiter ein Minimallohn von 3,50 Mk. zu zahlen sei. Hieran knüpfte er dann die Bitte, ihm die Fälle mitzuteilen, wo dies nicht gelte.

In der Tat haben nun alle diejenigen, welche 10 Stunden täglich gearbeitet haben, eigentlich einen Anspruch auf die Bezahlung dieser zehnten Stunde. Rechnen wir das Jahr zu 300 Arbeitstagen, dann hätten die Betroffenen also 300 mal 35 = 105 Mk. pro Jahr zu beanspruchen. Vier Jahre ungefähr besteht dieses Verhältnis, also rund 420 Mk., um die man ihren Lohn geführt hat.

Zu etwas hat man sich allerdings noch aufgedrungen, indem jetzt die in die Woche fallenden Feiertage bezahlt werden sollen. Dies ist aber auch alles. Von einer weitergehenden Verbesserung hat man Abstand genommen.

Eine Steigerung des Lohnes hat man vollständig fallen gelassen und dagegen protestieren nun die Arbeiter. Je länger ein Arbeiter in einem Betriebe beschäftigt ist, je mehr Fähigkeiten er sich an, und hat mithin auch einen Anspruch auf einen höheren Lohn. Es ist dies eine Forderung der Gerechtigkeit. Die Notwendigkeit einer Steigerung des Lohnes einzusehen, hält doch wahrlich nicht zu schwer. Sobald der Arbeiter sich einen Hausstand gründet und sich verheiratet, hat er für zwei Personen zu sorgen. Hierbei bleibt es aber in den meisten Fällen nicht. Es stellen sich Kinder ein und der Familienkreis wird dadurch ein größerer. Mit ihm werden aber auch die Ausgaben größere, folgedessen muß auch der Lohn resp. die Einnahmen größer werden, um allen Anforderungen zu können. Die Minder werden größer, sie bedürfen der Erziehung, sie wollen gekleidet sein, sie stellen Anforderungen an das Leben usw. Seitens der Arbeiter nicht, dann erhebt sich ein Geleid über die Zunahme der Mühseligkeit; heiratet er, dann soll er auch mit dem Lohn welcher für ihn allein kaum ausreicht, Frau und Kinder ernähren. Fragen wir doch einmal die Beamten des Vieh- und Schlachthofes, wie sie sich hierzu stellen würden.

Wie würde es dem Herrn Direktor gefallen, wenn auch sein Gehalt nicht gesteigert würde, wenn es immer in derselben Höhe bleiben würde, wie es bei seiner Anstellung war. Wenn nun aber jemand etwas für sich beantragt, muß er auch jedem anderen das selbe Recht einräumen, denn was dem einen recht ist, ist dem anderen billig.

Die Forderungen der Arbeiter des Bauamtes sind vollständig übergegangen worden; nicht einmal mit einer kleinen Erhöhung hat man dieselben bedacht.

Ebenso hat man die Forderungen der Handwerker nicht berücksichtigt. Eine Aenderung wäre doch tatsächlich dringend notwendig. Wenn wir uns einmal die Löhne in der Privatindustrie ansehen, finden wir, daß dieselben bedeutend höher sind. Dort werden Stundenlöhne von 60, 65 und 70 Pf. gezahlt.

Bei derartigen Lohnverhältnissen und dem geringen Entgegenkommen des Kuratoriums ist es tatsächlich angebracht, den Mitgliedern des Kuratoriums zu rufen: „Nehe soziale Einsicht!“

Zu dieser Verammlung waren alle Mitglieder des Kuratoriums eingeladen, jedoch erschienen war keiner der Geladenen. Von Herrn Stadtw. Hoffmann lag ein Schreiben vor, daß er am Erscheinen verhindert sei. Auch Herr Stadtrat Keller schrieb ab. Sein Brief lautet:

Stadtrat Keller.

Berlin N. 37, den 12. Dezember 1904.
Schönhauser Allee 8.

An
den Arbeiterausschuß des Vieh- und Schlachthofes
in Berlin O.

Auf das gefällige Schreiben vom 11. d. Mts. erwidere ich ganz ergeben, daß ich zu meinem Bedauern nicht in der Lage bin, der Einladung Folge leisten zu können.

Ich kann nur lebhaft beklagen, daß das immerhin nicht unerhebliche Entgegenkommen des Kuratoriums des städtischen Vieh- und Schlachthofes zu einer Protestversammlung geführt hat, anstatt, wie es wohl erwartet werden dürfte, Anerkennung zu finden. Ich nehme keinen Anstand offen zu erklären, daß ein derartiges Vorgehen der Arbeiterchaft nicht geeignet ist, ein gemeinsames, friedliches Zusammenwirken zu fördern, und auch meines Erachtens nicht im Interesse der Arbeiterchaft liegt.

Hochachtungsvoll

Stadtrat Keller,
Mitglied des Kuratoriums für den städtischen Vieh- und Schlachthof.

In einer eingehenden Diskussion sprachen sich die Redner dahin aus, daß die Arbeiter nicht daran denken, das friedliche Einvernehmen zu töten, aber die Herren Kuratoriumsmitglieder möchten sich doch mal so recht in der Lage der Arbeiter hineinsetzen, dann würden sie finden, daß nichts Unrechtes verlangt werde. Das Entgegenkommen der Deputation sei jedoch in Anbetracht der ganzen Sachlage gar nicht so sehr erheblich gewesen, denn bezüglich des

Lohnsatzes von Mk. 3,50 habe man den Arbeitern nur wiedergegeben, was sie schon früher einmal hatten.

Zum Schluß fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die heute hier versammelten Handwerker und Arbeiter des städtischen Vieh- und Schlachthofes sprechen ihr Bedauern aus, daß das Kuratorium ihren Wünschen so wenig Rechnung getragen hat. In ihrer wahrlich nicht beneidenswerten Lage erwarten sie ein größeres Entgegenkommen, wie dies in Wirklichkeit geschehen ist. Sie glauben daher, daß es unmöglich dabei sein-wenden haben kann und beauftragen deshalb den Arbeiterausschuß, namentlich ihre Wünsche dem wohlwollenden Magistrat sowie den Staatsauschuß mit der Bitte um weitergehende Berücksichtigung zu unterbreiten.“

Münchener Brief.

Zeit etwa drei Monaten haben wir die Agitation für unseren Verband mit größerem Nachdruck betrieben und versucht, die bestehenden Mißstände mit größerer Kraft zu bekämpfen. Eritieren doch hier in manchen Sparten der Gemeindefabrik viel schlimmere Zustände wie in Privatbetrieben. Den Gewerkschaften ist es hier gelungen, manche Vorteile, wenn auch nach hartem Kampfe, zu erringen.

Die städtischen Arbeiter sind schwer zur Organisation heranzuziehen, weil eine große Gewöhnung und Protektionswirtschaft, verbunden mit Liebedienerei und Annehmlichkeit, herrscht. Die Vorarbeiten sind durch die Lauf löblich auf die organisierten Arbeiter zu sprechen, Gewöhnung und Protektionswirtschaft aber werden befördert, und die, welche für bessere Zustände eintreten, jetzt man zurück. Haupt-sächlich ist das bei der Stadtwereordneten der Fall. Es braucht nun einer in den Verband zu kommen, bei der Organisation zu sein, sofort wird er zur schlechtesten Arbeit verwendet. Anknüpfend gebildete Stummgärtner müssen an die äußere Grenze des Bezirks, meistens hinaus und dort 20 Meter hohe Bäume beschneiden. Zweig-jährige Wege bis zur Arbeitsstelle sind Ertragsvergünstigungen für Organisierte. Früher wurde für so weite Wege ein Zuschlag bezahlt, jetzt nicht mehr. Unfallversicherungsbedingungen kennt man nicht, mit hoch mangelhaften Werkzeugen, mit schadhafter Luft und die gefahrlichste Arbeit gekleidet werden. In es doch vor einigen Monaten passiert, daß der Vergewaltigte einen halb durchgedrungenen Arm mit einem langen Zeit herunterreißen lassen wollte, doch der Arm war härter wie der Stamm, man riß den ganzen Mann um, und die in einer Höhe von 15 Meter befindlichen Gehäusen wurden mit dem Baum in einen reißenden Bad geschleudert, und man konnte die beiden mit harter Not vom Ertrinken retten. Man habe sie dann ins Krankenhaus, um die erlittenen inneren Verletzungen zu heilen. Die Herren Obergehülften kommandieren einfach: „Stumpf! Wenn hier herunterfällt, mach's nichts, dafür ist der Unfall da.“ Solche Zustände eintreten in dem Betriebe, welcher zur Schönheit der Stadt, zur Pflege von schönen Anlagen, Alleen und Plätzen dient und den Arbeitern angenehme, schöne Spaziergelegenheiten bietet. Die Organisierten halten weder aus, haben sie doch die Hoffnung, daß es der Organisation gelinge, Abhilfe zu schaffen und das bald. Auch die Arbeiter der Gasfabriken haben sich seitlich der Organisation wieder angeschlossen. Durch das Eintraten des Verbandes erinnerte sich die Direktion auch plötzlich, daß ein Arbeiterausschuß bestehe (ein München, das bisher im verborgenen blühte). Einige Vorteile sind schon herausgeholt, mehrere Anträge schreiben noch. Auch hier hat die Organisation nach ein großes Arbeitsgebiet zu beackern, damit die Arbeiter bessere Bezahlung bekommen und menschenwürdiger behandelt werden. Auch ist endlich für das Vertriebspersonal der dreifache Schichtwechsel zu erreichen. Die hiesigen Gaswerke erzielen mit durchschnittlich 600 Arbeitern einen Reingewinn von 1½ Millionen Mark. Die einprozentige „Antieme“ des Direktors eines Werkes ergab 10 600 Mk. Man kann sich leicht einen Begriff machen, wie ein solcher Heberlauf herausgeholt werden konnte, wieviel Opfer an Gesundheit und Kraft hier gebracht werden mußten. Aber auch hier wird die Organisation nicht eher ruhen und rufen, bis die Arbeiter das ihnen zühende erhalten. Darum, Kollegen, hinein in die Organisation und wieder mitgearbeitet, vereinte Kräfte führen zum Ziel!

Auch die Behandlung im städt. Elektr. Werke läßt vieles zu wünschen übrig. Namentlich Oberheizer Reich leidet das menschen-mögliche, die Arbeiter zu identifizieren. Die geringe Kleinigkeit wird bei einer Meldung aufgebauscht, auf ein großes Heberbetriebs- und Unwahrscheinliches kommt es dem ehemaligen Vätergefallen nicht an, wenn wieder einige Arbeiter herausgeholt sind, ist die Autorität des Herrn wieder befestigt.

Ein Arbeiter bedauerte sich neulich beim Herrn Betriebsleiter über die Ungerechtigkeit des Herrn Reich: er erhielt die verbüßende Antwort: Der Reich ist mein better Oberheizer, der macht die meinen Gehaltsliste. Die Oberheizer sind zu gut, sie sollten Euch die Kohlen-schaufel um die Köpfe schlagen, wenn Ihr Euch müßt! So antwortet man Arbeitern, welche pro Jahr 600 Tausend Mark verdienen und an die Stiefel liefern müssen. Aber Geduld, Herr Reich! Auch Ihr Arm geht so lange um Brücken, bis er bricht! Zah der Herr Betriebsleiter Meyer es auch anders kann, möge folgender Fall

Beweisen: Einer, welcher zum Apparatenwärter befördert worden war, hatte am 28. Mai d. J. Nachdienst im Mathause. Die Station dort befindet sich im Keller. Aus Langeweile oder im Traum verirrte sich der gut-Mann in einen verschlossenen Raum auf dem Speicher, in welchem mehrere Einbrüche verübt worden waren. Durch ein ihm unbekanntes, in aller Stille angebrachtes Kantenwerk gelang es, auf frischer Tat den Herrn zu ertappen und wurde derselbe in Unterfuchungshaft gestellt und später befristet. Entlassen wurde der Mensch beileibe nicht, trotzdem er beim Einbruch erwischt worden war. Nach einer Unterfuchungshaft von zwei Tagen hatte die Stadtgemeinde das Verhängen, fünf Monate Lohn dem Betreffenden bezahlen zu müssen. Warum? Der Betreffende hatte sich krank gemeldet, und deshalb wurde der Verhandlungstermin so lange hinausgeschoben und das Gehalt weiter bezahlt. Außerdem war dieser Mann ein Verwandter der Frau des Herrn Betriebsleiters Kamen. Natürlich gibt es keine Fetteren und Vornehmern. Man kann hinschauen, wo man will, ist es im Straßen-, Holz- oder Manalbau, überall trostlose Zustände.

Im Gemeindefolkollegium bezieht eine soziale Kommission, welche Arbeiterfragen zu behandeln hat. Diese Kommission hat in den letzten sechs Monaten nicht eine Sitzung abgehalten. Der Bürgermeister, Geh. Rat Hofrat Müller von Vorid hat vor lauter Millionenprojekten keine Zeit, sich mit Arbeiterfragen zu beschäftigen: 16 Millionen Krankenhausprojekt, 22 Millionen Anstaltungsprojekt, 11 Millionen Gasleitungsprojekt, Millionen anstaltsprojekt usw. Arbeiter sind da Nebenaktoren. Wenn nur die Spitze der Pyramide im Irreführenden glänzen könnte, der Rest kann von Zahmbrot und Zuckerrahm zerstreut werden, alles schaut nach oben. Unten ist es finster.

Die Anstaltskommission beauftragt fast ein Drittel ihrer Arbeiter mit Lohn unter 3 Mk., wahrhaft ein unwürdiger Zustand. Darum auferachtet, ihr höchsten Arbeiter, hinein in die Organisationen, damit bessere Verhältnisse herbeigeführt werden können. A.

Brief von der „Waterkant“.

Hamburg-Altona.

Seit unserer letzten Kundgebung im Reubert ist mir wieder ein gutes und vorwärts gekommen. Es ist, als ob unsere bisher in unruhiger Gleichgültigkeit und heimlichem Egoismus abwärts schiebenden Meilen ab und zu, aber häufiger als früher, das Wort Großvater zugerannt wird: „Eines ist not in allen ernen Tagen: Entschiedenheit!“ Wir haben im laufenden Vierteljahr reichlich 200 Resolutions zu verzeichnen, so daß unsere Aftale am Jahresende, nach Regenerierung unvermeidlicher Abgänge, über zweitausend Mitglieder zählen wird. Denn gilt es, das dritte Tausend aus den Reihen in die Front zu ziehen? Auch das wird gelingen, denn wenn unsere Mitgliederzahlen bisher sich auch gerade nicht in geometrischen Progressionen entwickelten, so hatten wir doch andererseits auch mit bemerkenswerten Rückschlägen zu rechnen; stetig wuchs die Bewegung. Und das ist notwendig. Größere und dringlichere Aufgaben sind zu lösen. Die Forderungen: Mehr Lohn! und: Eine angemessene Versorgung für uns im Alter und für unsere Familie nach unserem Tode, bilden für die Mehrheit für uns die für allezeitige Tagesordnung. Da heißt es: Aufgepaßt! Denn unsere Ansprüche bedeuten für „Dammonia“? Die Geld aus Demem Quell und da es sich um ihre Stiefkinder handelt, macht sie ein sehr prieskränziges Gesicht. Wir müssen also in hellen Haufen kommen, wenn wir nicht, wie ebend, viele Male davongejagt und ebendern gemißhandelt werden wollen.

Es ist regnerisch und kalt. Grams Nebelgewand umhüllt täglich unsere Stadt. Mandes Proletariatheim liegt auch am Tage im Halb Dunkel. Es wohnt sich der Notstand des armen Mannes. Der Verdienst sinkt auf das niedrige Niveau. Die sowieso unzureichende Kost wird noch erblich schmaler. Dünnebelleidete, wohl teilweise gar zerkümpfte Minder jammern über Frost. Ein trostloses Tafeln. Wer hilft?!

Wann wird der hamburgische Staat die Arbeiterlöhne erhöhen? Hohe Zeit dazu ist es. Jahrelang mahnten wir vergebens. Müssen unsere „machabenden Ardie“ mit rubigem Gewissen zusehen, wie den Staatsarbeitern Löhne gezahlt werden, die im umgekehrten Verhältnis zu den geforderten Leistungen der Arbeiter, sowie zu den unabweisbaren, naturgemäßen Bedürfnissen der Arbeiterfamilien stehen? Und welches Gesicht zeigt dieses Mißverhältnis?

Auf den Gaswerken werden den Platarbeitern bei schwerer Arbeit 3,50 Mk. pro Tag gezahlt. In diese Bezahlung ein Aquivalent für solche Leistung, und zumal bei dieser Jahreszeit, wo diese Leute sehr häufig von oben vom Regen und zugleich von unten vom Schnee durchdringt sind, und dazu vom Schweiß bis zur Sohle voller Hohlstaub und Schmutz? Nein, ein Privater würde eine solche Bezahlung nicht anbieten. Was aber hindert den Staat, höhere Löhne zu zahlen? Als Antwort möge dienen, daß neuerdings in der Bürgerschaft Anträge gestellt wurden, die Gaspreise herabzusetzen,

weil die Gaswerke zu hohe Ueberschüsse erzielen. — Kritik überflüssig.

Nicht viel besser steht es für die Arbeiter der Stadtwasser-Lohn. Löhne pro Tag 3,50 bis 3,70 Mk., Arbeit im Schlamm und Wasser zu leisten im Werte von täglich mindestens 5 Mk. — Wie vorteilhaft man auf Kosten der Arbeiter zu wirtschaften versteht, erzieht man aus den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Angestellten in den staatlichen Badeanstalten. Die Arbeitszeit sieht hier so aus: Sommerhalbjahr: Anfang morgens 5 1/2 Uhr, Ende abends 10 Uhr. An stark frequentierten Tagen, wie z. B. vor Festtagen, haben die Wärter schon bis in den nächsten Tag hinein gearbeitet. Sonn- und Feiertags dauert der Dienst bis nachmittags 2 Uhr. Dafür ist dann jeder einen halben Tag in der Woche dienstfrei. Die Arbeiter in den Anstalten arbeiten je einer in der Woche zwar bis nachts 2 Uhr und am Sonntag nachmittags bis 1 Uhr. Diese Leute wurden also am besten tun, wenn sie ihr Bett neben den 4-Männ aufmachten. An Lohn erhalten die Arbeiter 26-29 Mk. pro Woche. Die Wärter in den beiden Badeanstalten vor dem Lübeckertor und in Eimsbüttel bekommen 20-27 Mk. pro Woche, und die Wärter der beiden Anstalten auf dem Schwimmarkt und Schanzmarkt, in denen fast ausschließlich Arbeiter baden, 18 und 19 Mk. pro Woche. Wärterinnen bekommen 13, 14, 15 und 16 Mk. pro Woche. Wärter, die 18 Mk. pro Woche erhalten, verdienen also bei wöchentlich zehntägiger Arbeitszeit pro Stunde 20 (schreibe: zwanzig) Pfennige. Und das sind Kamillensüßer! Die armen Wärterinnen sind natürlich ebenso daran. Damit aber die Moral gewahrt wird, prangt in den Anstalten ein Plakat mit der Aufschrift: „Dem Personal ist das Entgegennehmen von Trinkgeldern verboten!“

Man wirt Du fragen, lieber Leser, wie stellt sich denn das Jahresbudget der staatlichen Badeanstalten? Auch das sollst Du wissen. Höre! Drei Badeanstalten — die vierte wurde erst neuerdings in Betrieb genommen — erzielen im Jahre 1903 einen Gesamtüberschuß von 65.051,33 Mk. Auf welche Weise vermochte die Verwaltung der staatlichen Badeanstalten Hamburgs sich im Jahre 1903 zu vergrößern als lästige Verschwendung? (Eine Preisfrage für Kinder von 3-5 Jahren) — sie nur ad astral! (So steigt man zu den Sternen!)

Auf dem Schlacht- und Viehhof werden auch noch Wochenlöhne gezahlt von 21-23 Mk. Diese Leute zittern wird aber erst mit dem vollendeten 8. Dienstjahre erreicht. Während der ersten zwei Jahre muß für 21 Mk. gearbeitet werden. Die Sonn- und Feiertagsarbeit von 3 bis zu 6 Stunden ist aber mit diesen 21 Mk. schon mitbezahlt. Wer nun genau wissen will, welche Arbeit für diese horrenden Löhne zu leisten ist, der muß bei jetziger Jahreszeit in die Schlacht- und Viehhofhallen gehen und hier, häufig im schneidenden Windzug und Wasser stehend, Reinigungsarbeiten verrichten.

Dieser Laden könnte in andren Betrieben, z. B. im Ressort der Wanderrouten, der Straßencleaning usw., noch eckelung weitergepöppelt werden.

Heber alle diese Dinge wurde nun verhandelt in eif in den letzten Wochen stattgehabten Versammlungen. Überall wurde einstimmig beschlossen, diese Dinge durch eine an die Bürgerschaft gerichtete Eingabe zur öffentlichen Diskussion zu bringen.

Ebenfalls fanden in den letzten Wochen 6 Anstaltsversammlungen für die Angestellten der Badeanstalten, sowie der Kranken- und Irrenhäuser statt. Überall wurde unser Vertreter sympathisch begrüßt und haben wir durch den Beitritt einer größeren Anzahl Kollegen feiten Fuß in den bezeichneten Anstalten gefaßt. Fortschritt auf der ganzen Linie.

Die Bürgerschaft verhandelte in 3 Sitzungen über den Antrag des Senats, eine Versorgungs-Kasse für staatliche Angestellte und Arbeiter zu errichten. Unsere, in einer an die Bürgerschaft gerichteten Eingabe, m-dergeleiteten Wünsche fanden in der Beratung allerdings wenig Berücksichtigung. Die von allen Seiten des Hauses über die Sache maßvoll geäußerten Ansichten waren aber so diversifizierend, daß sich auch nicht annähernd sagen läßt, was aus diesem Feig der Forderungen herauskommen wird. Vorerst ist der Entwurf einem Ausschuß von 11 Personen überwiesen worden. Vielleicht können wir auch jetzt noch mandes dazu beitragen, daß der Entwurf verbessert wird.

In allen drei Sitzungen waren die Tribünen des Bürgerschafts-soziales voll besetzt. Viele Feinde waren unsere Verhandelsollegen. Aber auch mande nichtorganisierte Arbeiter und Angestellte bemerkten wir. Ob diesen wohl die Sünden, daß sie unorganisiert unterlaufen, zum Bewußtsein gekommen sind, als mehrere Redner erklarten, die organisierten Staatsarbeiter bildeten doch nur eine Minderheit und ihre eingebrachten Wünsche könnten deshalb als die Ansichten der vielen Tausende nichtbeamteten Angestellten des hamburgischen Staates nicht gelten? Dessen wir, daß diejenigen, welche diese Reden gehört und gelesen haben und noch nicht organisiert sind, daraus lernen, daß es ohne Organisation keinen sozialen Fortschritt gibt.

Wir wünschen allen Verbandskollegen und deren Familien ein frohliches Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr!

Gd.

Die Stadtverordneten-Wahl in Mainz.

Wohl eine öffentliche Wahl ist für die Gemeindearbeiter von so hohem Interesse, als die Wahlen zu den Stadtverordneten Kollegien, Bürgerausschüssen und wie man die Vertretungen der Bürger in den Gemeinden sonst noch nennen mag. Für die Gemeindearbeiter sind die Kämpfe um die städtischen Stühle der Rat und Stadthäuser erst in zweiter und dritter Linie parteipolitische Kämpfe; sie sind in wirtschaftlicher Beziehung für die Gemeindearbeiter für lange Jahre entscheidend. Nach dem Ausfall der Wahlen werden sich die Aussichten der Gemeindearbeiter auf Verbesserung oder Verschlechterung ihrer geistigen und materiellen Lage richten — zumal wenn die örtlichen Verhältnisse dem Gedeihen der gewerkschaftlichen Organisation nicht sehr zuträglich sein sollten. Von diesem Gesichtswinkel aus betrachtet, können wir die Sozialdemokraten von Mainz schon betonen, wenn sie zu dem ausgeprochenen Zweck, den Einfluß der Arbeiterschaft auf das Stadthaus zu stärken, ein Angebot der liberalen Parteien — und „liberal“ meinen sich in Mainz außer den Demokraten und Freisinnigen auch die National-liberalen — behufs Bildung eines Wahlbündnisses zu den nunmehr am 1. Dezember stattgefundenen Ortswahlen zum Stadtverordnetenkollegium akzeptiert haben. Es mag wohl vielen Uebervindung genug gefordert haben — aber die sonst so feindseligen Vorkämpfer haben sich und das Bündnis kaum zuhause. Und da man gerade keine passende Wahlparole zur Hand hatte, predigte man den heiligen Krieg gegen den kulturfeindlichen Ultramontanismus. Und mit Erfolg. Das Resultat der Wahl war in Ordnung:

Vereinigte Bürger:

Angewandte Zettel: 192

Gestrichene Zettel: 68

Zentrumspartei:

Angewandte Zettel: 2976

Gestrichene Zettel: 330

Demokratisch-freisinnig-nationalliberal, sozialdemokratisches Kartell:

Angewandte Zettel: 3938

Gestrichene Zettel: 1655

Gewählt sind die Herren:

* Ring, Johann Bapt., Rentner (Unrat.)	mit 8121 St. *)
* Deerd, Franz Xaver, Kaufm. (Dem.)	8061 "
* Eppenheimer, Carl Jan., Bankier (Nat.)	7972 "
* Weisse, Reinhold, Carl Dr., Architekt (Nat.)	7886 "
* Bernhart, Anton, Schreinermeist. (Nat.)	7806 "
* Wolf, Karl, Juristat. (Freis.)	7581 "
* Hall, Thomas Jos., Rentner (Freis.)	7488 "
* Haas, Dr. Carl, Arzt (Freis.)	7290 "
* Adelsung, Verth., Landtagsabg. (Zog.)	5609 "
* Liebmann, Val., Geschäftsführer (Zog.)	5591 "
* Weiß, Joh. B., Kassenbeamter (Zog.)	5531 "
* Reeh, Heinrich H., Buchbinder (Zog.)	5510 "
* Gucco, Cuccagna, Prediger (Zog.)	5458 "
* Thiele, Jakob, Wirt (Zog.)	5328 "
* Mantert, Dr. Aug. Chr., Mentn. (Nat.)	5313 "
* Kaiser, Ludwig H., Kaufmann (Dem.)	5277 "
* Gueßfuß, Jakob, Privatmann (Dem.)	5069 "

Von den Sozialdemokraten ist Adelsung gelehrter Buchbinder, Liebmann Schlosser, Weiß und Thiele Schreiner. Reeh ist noch in seinem Beruf tätig. Mit den bereits dem Stadtverordnetenkollegium angehörenden Sozialdemokraten Diesel (Buchbinder) und Zeel (Kaufm.) sitzen nun sieben Arbeiter im Räte der Stadt.

Das Stadtverordnetenkollegium wird sich nun wie folgt zusammensetzen: Sozialdemokraten 10 (gegen 6 in den Jahren 1902/04), Demokraten 8 (8), Freisinnige 9 (11), National-liberale 9 (10), Ultramontane 4 (5), Unparteiische 2 (2), zusammen 42 Züge.

Offen gesagt, der Ausgang der Wahl ist nicht deshalb ein für die städtischen Arbeiter zufriedenstellender, weil man den Ultramontanismus an die Wand drückte, daß er amierste, sondern weil es gelang, die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten von 6 auf 10 zu erhöhen. Dieses Datum ermöglicht den städtischen Arbeitern einen freien, unverfälschten Ausblick. Allerdings, der Himmel hängt uns noch lange nicht voller Geiger und der Verwaltungsbureaucratismus wird auch nach wie vor ein entschiedenes

*) Die mit einem Stern versehenen Namen befanden sich auch auf dem ultramontanen Zettel und auf dem der „vereinigten Bürger“. Von einem Vertreter der Bürgerliste kann deshalb nicht, wie in der vorigen Nummer der „Gewerkschaft“ angenommen wurde, die Rede sein. Die Ultramontanen nahmen nur deshalb die Namen dieser Herren auf ihre Zettel, um denselben der Bürgerschaft recht schmackhaft zu machen.

Ubergewicht gegenüber den Arbeitervertretern haben, aber fobiel ist sicher: unsere Bestrebungen, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Gemeindearbeiter zu schaffen und damit die städtischen Betriebe zu Munizibetrieben umzuwandeln, werden in Zukunft eine noch bessere und tatkräftigere Interpretation auf dem Stadthaus erfahren.

Es braucht wohl kaum betont zu werden, daß unsere Mainzer Aftalleitung alles aufbot, den letzten wahlberechtigten städtischen Arbeiter an die Wahlurne zu bringen. Ein Flugblatt wurde verbreitet und in einer am 21. November stattgefundenen öffentlichen Versammlung städtischer Arbeiter, in welcher Stadtverordneter Liebmann über „Der Einfluß der sozialdemokratischen Stadtverordneterfraktion auf die fernere Gestaltung unseres Arbeitsvertrages“ referierte, wurde eifrig für die Wahl Propaganda gemacht. Und der Erfolg blieb nicht aus — wohl kein einziger wahlberechtigter Gemeindearbeiter blieb der Wahlurne fern.

Der Ausgang der Wahl hat für die Gemeindearbeiter noch eine besondere Zeltatze. Von den 17 Gewählten sind die 11 Höchstbestimmten auf neun Jahre, die übrigen als Ersatz für erledigte Mandate auf sechs bzw. drei Jahre ins Stadtverordnetenkollegium berufen. Zu den letzteren zählt auch der nationalliberale Parteiführer Dr. Mantert, der gelegentlich des Gasarbeiterstreikes im Jahre 1900 seinem ganzen Satz gegen die organisierte Arbeiterschaft frei die Bügel schießen ließ. In der Stadtverordnetenversammlung, die sofort nach Beilegung des Streiks tagte, sagte Herr Dr. Mantert folgendes:

„Die Gasarbeiter haben sich sehr unaufrichtig benommen; daß ich das wenigste, das hier gesagt werden muß. Diese Leute haben sich betrogen wie gewisse Elemente auf der Landstraße, die aus dem Gebüsch hervorkommen und dem Reisenden die Portale auf die Brust setzen mit den Worten: La bourse ou la vie! Das Geld oder das Leben! Ich bedauere lebhaft, daß diese Leute nicht sofort entlassen und dafür die Ehrmänner (dies: Streikbrecher) eingestellt wurden. Das Vergehen der Streikenden ist geradezu Königung und Erpremung gewesen, was nach den Gesetzen strafbar ist.“

Lebte es im Gegenteil in anderen Herren, die wohl dasselbe dachten, aber aus nabeligen Gründen schwiegen, anzumerken ist, daß der Herr Doktor aus seinem Herzen keine Rindergabe machte, gönner wir demnach denselben die moralische Ehrfurcht, die ihm die Arbeiterschaft bei der Wahl verweigerte, und die um so wirkungsvoller ist, indem Herr Mantert in der Mainzer Gesellschaft eine hervorragende Stellung einnimmt und unseres Wissens seit Jahrzehnten dem Stadtverordnetenkollegium angehört, währenddem die nun gewählten sozialdemokratischen Mandatanten, außer Liebmann, noch nie Stadtverordnete waren und zum großen Teil zum erstenmal kandidierten und trotzdem sämtlich auf neun Jahre gewählt wurden. Die Zitate, die Herr Dr. Mantert ansetzte, wird wohl auch für manden anderen Herrn der „liberalen“ Parteien ein Muster sein. Die Arbeiter werden in solchen Fällen sich die Worte der „Mainzer Volkszeitung“ empfangen, die im Hinblick auf die Mainzerischen Verhältnisse folgende Zeile kommt, wo den Arbeitern Gelegenheit geboten wird, mit solchen „Herrn“ Abrechnung zu halten!!

Wir weisen bereits darauf hin, daß die sozialdemokratischen Vertreter mit der Organisation der Gemeindearbeiter Hand in Hand gehen werden. Die Gemeindearbeiter haben aber noch spezielle Wünsche, und in es wohl nicht mangelt, einzelne, und zwar diejenigen, die sich auf die Zusammenfassung der Verwaltungsdeputationen beziehen, zu rekapitulieren.

Die Vertretung der sozialdemokratischen Fraktion in der Deputation zur Verwaltung des Gas- und Elektrizitätsamtes muß unter allen Umständen von einer Mann verdrängt werden, was angesichts der zunehmenden numerischen Stärke der Sozialdemokraten kein unbilliges Verlangen ist. Und wenn irgend möglich, sollte man einen Gewerkschaftler, an denen die Nation keinen Mangel leidet, hinein — e Arbeiter beider Gaswerke, des Elektrizitätswerkes, der Reparaturwerkstätten des Gas- und Elektrizitätsamtes sowie die Katernwärter sind zusammen annähernd ihre 300 Mann, und die haben noch viele Wünsche auf dem Herzen.

In der Deputation zur Verwaltung des Reinigungsamtes sitzt bereits Stadtm. Mellogg Zeel, der auf eine eifernde gewerkschaftliche Laufbahn zurückblicken kann. Zurzeit bekleidet er in seiner Berufsorganisation, dem Arbeiterverbande, den Posten eines Hauptvertreter. Trotzdem wäre eine Vertretung der sozialdemokratischen Fraktion auch in dieser Deputation sehr wünschenswert und im Interesse der in Frage kommenden Arbeiter liegend.

In den Deputationen in Verwaltung des Zolldat- und Viehhofes, des Zellhafens und des Wasserwerkes waren die Arbeiter bislang nicht vertreten. Nämlich wird man sich schon dazu bestimmen müssen, unseren Freunden den Eintritt in diese Deputation zu gestatten.

Selbst dann, wenn nicht alles das, was den Gemeindearbeitern als Teile des liberalen bzw. sozialdemokratischen Wahlbündnisses vor-schwebt, in Erfüllung gehen sollte, so wird dennoch die Stadtverordnetenwahl 1904 ein Wendepunkt in der Geschichte der Mainzer Gemeindearbeiterbewegung sein. Sie ist eine weitere Zeltze auf der Stufenleiter, den Verwaltungskörper unserer geliebten Mainz zu demokratisieren und damit die städtischen Ver-

triebe zu Musterbetrieben zu gestalten, die hinsichtlich ihrer Arbeiterverhältnisse der Privatindustrie auch zum Vorbilde dienen können. Und dieser Gedanke führt uns damit aus, daß man bei der bevorstehenden Wahl nochmals -- hoffentlich zum letztenmal -- mit Parteien palte, in deren Reihen man selten ehrliche Arbeiterfreunde, aber um so mehr offene und versteckte Arbeiterfeinde findet.

Lohnverhältnisse heilischer Staatsarbeiter.

An dem Septemberheft (Nr. 793) der „Mitteilungen der Zentralstelle für die Landesstatistik“ findet sich eine Uebersicht über die Lohnverhältnisse der bei dem Aufsbau des Großherzogtums desien im Jahre 1903 beschäftigten Arbeiter, die dem heilischen Staate durchaus nicht zur Ehre gereicht.

Die Zahl der beim Territorial-Aufsbau Beschäftigten belief sich auf 183 gewöhnliche Arbeiter, 35 Maurer und 114 Schiffer. Die Arbeitszeit beträgt in der Regel 10 Stunden.

Am relativ besten bezahlt sind die Maurer, deren Löhne im Kreis Lypenheim mit 3,10-3,50 M., in Wingen mit 4 M., in Groß-Gerau mit 3,80-5 M., in Mainz mit 1,50 M. und in Lffenbach mit 5 M. verzeichnet sind.

Der Tagesverdienst der Schiffer stellt sich für Lypenheim auf 2,50-3,50 M., Groß-Gerau auf 3,10 M., Wingen auf 3, - die 3,10 M., Mainz 1, - bis 1,50 M. und Lffenbach auf 5 M.

Wesentlich schlechter stellen sich die Einnahmen der „gewöhnlichen Arbeiter“, die die große Mehrheit der Beschäftigten ausmachen. Ihre Löhne betragen im Wasserbauamtsbezirk Worms 2,50-3 M. Im Wasserbauamtsbezirk Mainz stellen sie sich bei zehnstündiger Arbeitszeit wie folgt:

	Durchschnittslohn	Mindestlohn	Höchstlohn
Mainz	3,25 M.	3,00 M.	3,50 M.
Lypenheim	2,71 "	2,60 "	2,80 "
Wingen	2,19 "	2,40 "	2,50 "
Groß-Gerau	2,69 "	2,50 "	3,20 "
Lffenbach	3,32 "	2,60 "	4,20 "
Gießen	2,60 "	2,60 "	2,60 "

Danach erreichen in Wingen, Gießen und Lypenheim selbst die bestbezahlten Arbeiter noch kein Tageseinkommen von 3 M. Die höchste Lohnstufe, die die dortigen Arbeiter erklimmen können, ist 2,50 M., 2,60 M. und 2,80 M. Viele erreichen aber nicht einmal diese fabelhafte Lohnhöhe, die bei 300 Arbeitstagen einem Jahreseinkommen von circa 750-840 M. entspricht. Im Bezirk Wingen gibt es sogar Leute, die für 2,40 M. zehn Stunden schufteln müssen. Erwade, daß uns die Statistik nicht auch mitteilt, wie sich das Haushaltbudget der mit solchen Einkünften gesegneten Arbeiterfamilien stellt. Man vergegenwärtige sich die teuren Wohnmas- und Lebensmittelpreise in Wingen! In was für Keldern müssen diese armen Menschen hausen und mit was für Nahrung müssen sie die hungernden Mägen ausstopfen!

Nicht besser, zum Teil noch schlechter ist es mit der Bezahlung der bei dem Sameral-Aufsbau beschäftigten Arbeiter bestellt. Im ganzen sind hier 670 Holzhaue, Kultur- und sonstige Arbeiter beschäftigt, und zwar 151 im Wasserbauamtsbezirk Mainz und 519 im Wasserbauamtsbezirk Worms. Ein großer Teil der Arbeiter, insgesamt 219, arbeiten im Afford.

Die Löhne der Tagelohnarbeiter stellen sich bei zehnstündiger Arbeitszeit im Wasserbauamtsbezirk Mainz wie folgt:

	Durchschnittslohn	Mindestlohn	Höchstlohn
Mainz	3,20 M.	3,20 M.	3,20 M.
Lypenheim	2,86 "	2,80 "	2,80 "
Wingen	2,48 "	2,40 "	2,50 "
Groß-Gerau	2,75 "	2,40 "	3,00 "
Lffenbach	3,00 "	2,60 "	3,50 "

Bei den Mindestlöhnen schiebt hier Groß-Gerau mit einem Tagelohn von 2 M., was ganze 20 Pf. pro Stunde ausmacht, den Nagel ob, während unter der Höchstlohn Wingen mit 2,50 M. auch hier „unverändert“ bleibt.

Im Wasserbauamtsbezirk Worms werden bei acht bis zehnstündiger Arbeitszeit folgende richtigen Löhne erzielt:

	Durchschnittslohn	Mindestlohn	Höchstlohn
Wensheim	2,63 M.	2,50 M.	2,80 M.
Groß-Gerau	2,51 "	2,50 "	3,00 "
Worms	2,66 "	2,50 "	3,00 "
Lypenheim	2,59 "	2,50 "	2,80 "
Heppenheim	2,50 "	2,50 "	2,50 "

In diesem ganzen Bezirk gelangt also kein einziger Arbeiter, der das Glück hat, im Sameral-Aufsbau auf Tagelohn arbeiten zu dürfen, über einen Verdienst von 3 M. hinaus. Das Gros derselben muß sich mit 2,50-2,60 M. begnügen!

Noch schlimmer aber ergeht es einem Teil der Arbeiter bei Affordarbeiten. Ueber die dabei erzielten Löhne gibt folgende Tabelle Auskunft:

a) Wasserbauamtsbezirk Mainz (8 Stunden Arbeitszeit):

	Durchschnittslohn	Mindestlohn	Höchstlohn
Mainz	3,15 M.	3,15 M.	3,15 M.
Wingen	3,00 "	2,82 "	3,06 "
Groß-Gerau	2,80 "	2,25 "	3,25 "

b) Wasserbauamtsbezirk Worms (8-10 Stunden Arbeitszeit):

	Durchschnittslohn	Mindestlohn	Höchstlohn
Wensheim	2,50 M.	2,12 M.	2,70 M.
Groß-Gerau	2,77 "	1,90 "	3,10 "

Bei diesem System der Lohnzahlung gibt es also sogar Gläubigkeits, die als Entgelt für ihr anstrengendes Tagewerk im Dienste des Staates 2,25 M., 2,12 M., ja sogar 1,80 M. nach Hause tragen dürfen!

Der Staat hat die Pflicht, mit gutem Beispiel voranzugehen und in jedem Fall dem Arbeiter, dessen Arbeits- und Lebensstraft er in Anspruch nimmt, ein Einkommen zu sichern, mit dem der menschenwürdige Unterhalt einer Familie möglich ist. Statt dessen sehen wir hier die staatlichen Behörden den Spuren der schlechtest behandelnden kapitalistischen Ausbeuter folgen. Nur da, wo durch starke Arbeiterorganisationen, wie in Mainz und Lffenbach, das allgemeine Lohnniveau etwas gehoben worden ist, beugt sich der Staat dazu, den Verhältnissen etwas Rechnung zu tragen. Wo dies aber nicht der Fall ist, wo die Arbeiterbewegung noch schwach und infolgedessen das allgemeine Lohnniveau niedrig ist, da macht er sich die Situation zunutze und zahlt nur gerade soviel, als notwendig ist, um überhaupt Arbeitskräfte zu bekommen. Dieses Verhalten mag „fiskalisches“ Grundrügen entsprechen; dem Geist sozialer Mitleidsge entspricht es nicht. Was würden die Beamten in den für diese Lohnbemessungen maßgebenden oberen Behörden sagen, wenn man sie mit derartigen Hungerlöhnen absperrten wollte! Ihre schon vordem nicht niedrigen Besoldungen sind in den letzten Jahren ganz wesentlich erhöht worden. Um so mehr sollten sie es als Ehrenpflicht ansehen, solche elenden Lohnverhältnisse, wie sie die mitgeteilten Tabellen aufzeigen, scharf zu beistigen.

Auch den Arbeitern in den staatlichen Weinbergen werden teilweise recht traurige Löhne bezahlt. Doch darüber ein anderes Mal.

Notizen für Gasarbeiter.

Leipzig. Arbeiterverhältnisse in den städtischen Gasanstalten. Die Zahl der Arbeiter, die im Betriebsjahr 1903 in den städtischen Gasanstalten beschäftigt wurde, war folgende:

	im Sommer	im Winter
In den Anstalten selbst	281	358
Kohleweg und private Verleumdung	62	47
Leibend. Verleumd. (Katernenwärter)	178	181
Zusammen:	521	586

Die insgesamt gezahlten Löhne belieferten sich auf 686.357,71 M., wozu noch 6872,65 M. an sonstigen Penionen hinzukamen. Der niedrigste Jahresverdienst eines Arbeiters betrug 1050 M., der höchste 1877 M. Bei den Katernenwärtern war der Lohn für einen Nachdienst 2,50 M. An Witwen und Hinterbliebenen wurden Unterweisungen im Gesamtbetrag von 4162,50 M. gezahlt. Außerdem erhielten sieben Arbeiter Unterhaltungen in Höhe von 1972 M. Zuschüsse zum Krankengeld wurden in 189 Fällen gewährt und hierfür 1894 M. verausgabt. Wegen Einziehung zum Militär wurden sieben Arbeiter mit zusammen 197 M. unterstützt. Erholungsurlaub genossen 111 Arbeiter und Katernenwärter mit zusammen 1992 Tagen. An Arbeiterkleidern wurden kostenfrei veratfacht 157 Joppen, 435 Jacken, 404 Paar Hosen, 236 Mützen, 6 Mäntel und 759 Hemden. An leuchtendem Masseegetränk wurden 274.617 Liter verabreicht; die Kosten hierfür stellten sich auf 1127 M.

Tredren. Ein Hilfsarbeiter hatte in der Gasanstalt Meid vorübergehende Arbeit gefunden für den täglichen Lohn von 31 Pf. pro Stunde. Unter anderem sollte er auch mit Holz laden, was er im Anfang auch ohne Widerstand tat; diese Arbeit in der Gekundheit sehr schädlich, sie wird auch in der Regel mit 36 Pf. pro Stunde bezahlt. Nachdem der betreffende Arbeiter fünf Tage diese schwere Arbeit verrichtet hatte, bat er den Metzgermeister, Herrn Neumann, um Entlassung. Am zweiten Tage darauf wurde der Mann wieder an dieser Arbeit kommandiert mit der Bemerkung, der Aufseher habe seinen anderen. Der Arbeiter forderte nun 36 Pf. Lohn pro Stunde, den die anderen Arbeiter dieser Kategorie bekommen. Darauf wurde er dem Aufseher gemeldet. Letzter wurde dem Arbeiter gehuldig, weil er die Arbeit verweigert habe; eine Gelegenheit, den Gehalt der Tage darzutagen, wurde ihm nicht gegeben.

Bei dieser Gelegenheit und auch noch während, die bis zur Unmöglichkeit gehindert sind, zu beklagen. Im Nebenschuppen und auf dem Hofe sind bis in die Nacht hinein gearbeitet. Nach 6 Uhr werden noch Wagen zum Holzladen eingelassen; früher wurde der Holzverkauf um 1/2 Uhr geschlossen. Wer nicht länger arbeiten kann respective will, dem wird mit Entlassung gedroht. Die Arbeiter

reichen nirgends aus, eingestrichelt werden viel zu wenig. Daran entzieht eine widerwärtige Arbeitsweise; besonders der Aufseher Kundwig leistet hierbei Hervorragendes. Einen Stundendienst gibt es so gut wie gar nicht. Wenn die Leute zu den Pausen herein kommen, ist die Stube und das Ofen kalt. Wehe dem Arbeiter, der während der Arbeitszeit einmal in die Stube geht. Es fehlt auch an Zerkanten zur Aufbewahrung der Kleider. Der Albert ist in einem Zustande, daß ihn niemand mehr benutzen kann, im Hoblen schuppen in mangelhafte Belüftung, die Dachöffnungen sollen für besseres Licht offen bleiben, aber Wind und Wetter haben freien Zutritt. Wenn die Arbeiter zu spät kommen, so müssen sie eine Stunde warten, ehe sie anfangen dürfen. Abends müssen alle Tage Heberstunden gemacht werden und dann diese Maßnahmen. Bei Akkordarbeit (Moblentanz) wird Sonntags kein Festtag gezahlt. — Alles das kommt in einem Betriebe vor, der an zwei Millionen Heberstunden pro Jahr erzielt, der einer großen Stadtgemeinde gehört, deren Oberbürgermeister der Welt verkündet: „Die Gemeindearbeiter sollen wissen, daß auf den deutschen Mathematikern ihre Rechte gehahrt werden.“ Wer es nicht glaubt, fliegt auf die Straße. Unter den Arbeitern gibt es freilich auch solche, die sich zu Heberstunden anbieten, natürlich nicht deswegen, daß sie länger arbeiten wollen, nur um mehr zu verdienen. Sie werden dann immer dazu benützt, um zu widerlegen, daß die Vertriebsleitung es sei, die auf Heberstunden und 24 Stunden Wechselrhythmus hinaufere. Die Arbeiter wollen ja „freiwillig“ lange, womöglich munterbrochen, arbeiten.

Der Herr Direktor wird freigesprochen. In Trier wurden am 11. Dezember nach weitläufiger Verhandlung der Direktor der dortigen Gasanstalt, Großmann, und der Ingenieur Termin von der Anklage, den Feuerschein in der Gasanstalt erfolglos Unfall, bei welchem fünf Arbeiter getötet wurden, verschuldet zu haben, freigesprochen, dagegen wurde der Gasmeister, Gebrüde, wegen jahrelangiger Fälschung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Die neue städtische Berliner Gasanstalt in Tegele geht nunmehr ihrer Vollendung entgegen. Die Hauptertragsgewinne sind fertig gestellt und die maßvolle Ausschüttung wird demnächst gefördert, daß im Frühjahr 1905 die Inbetriebnahme der Anstalt erfolgen kann.

Ein Wink zur Anlegung von Verbandsgeldern.

An die Zillialvorstände und Mitglieder!

Logisch und rechtlich kann wiederholt darauf hingewiesen werden, daß die Zillial- wie Zillialvorstände eine gewisse Sorgfalt bezüglich der Verwaltung der Verbandsgelder üben sollen, geschieht dieses leider hier und da noch immer nicht.

Einige Vorkommnisse aus der letzten Zeit veranlassen uns, abermals hierauf hinzuweisen und erlauben wir uns bezüglich der Maßnahme zu erteilen, um deren Beachtung wir dringend bitten.

1. Es muß darauf gesehen werden, daß nur solche Kollegen zu Revisoren gewählt werden, die ihre Pflicht auch wirklich ernsthaft ausüben. Dieselben müssen vor allem die Bücher und Verläge eingehend prüfen, sich die Verbände, sowie etwaige Wertpapiere — Sparbücher, Bankbücher usw. — vorlegen lassen und diese auf ihre Richtigkeit hin kontrollieren.

2. Größere Massenbestände dürfen unter keinen Umständen in den Händen der Kassierer verbleiben, sondern sind auf der Sparkasse oder sicheren Bankkonten anzulegen.

3. Die Anlage der Gelder darf nie auf einen Namen geschehen, da bei einer solchen Praxis stets die Möglichkeit vorhanden ist, daß der formelle Inhaber des Wertpapiers — Sparbücher, Bankbuch usw. — Gelder widerrechtlich abhebt und sich aneignet.

4. Die Gelder müssen stets auf die Namen von zwei resp. drei Personen angelegt werden, und zwar mit der Maßgabe, daß zur Erhebung von Geldern die Unterschrift von zwei Personen notwendig ist. — Das Sparbuch resp. Bankbuch ist womöglich noch einem anderen Kollegen zur Verwahrung zu übergeben.

Folglich die Kollegen diese Maßnahme, so werden Unterabteilungen von Verbandsgeldern, wie einige solche Fälle leider in den letzten Wochen wieder vorgekommen sind, nicht gut möglich sein. — Pflicht aller Mitglieder ist es, die Zillialvorstände darauf zu kontrollieren, ob diese die genügende Vorsorge für die sichere Anlage ihrer Gelder getroffen haben.

Für den Verbandsvorstand:

Dr. P o e r s c h.

Aus unserer Bewegung.

Berlin V (Straßenreiniger). Erste Generalversammlung am 12. d. Mts. bei Wertheim, Andreasstr. 26. Dem vom Kollegen Widert abgegebenen Vorstandsbericht zufolge wurde die Sektion V im Februar d. J. von sieben Kollegen gegründet. Dazu traten 20 Kollegen, veranlaßt durch den Fortfall der freien Montage. Das Ortsbureau entfaltete, unterstützt von den Kollegen, eine rege Agitation. Diefelbe befand sich im wesentlichen durch Abhaltung von Versammlungen (2 öffentliche, 5 Mitgliederversammlungen)

und Inanspruchnahme der Arbeiterpresse. Die Mitgliederzahl stieg hierdurch von 7 bis auf über 300. Trotz des kurzen Bestehens der Sektion wurde es erreicht, daß die Herren Unterbeamten sich einer anständigeren Zone als bisher betätigten. In einzelnen Fällen konnten es dieselben nicht unterlassen, den Kollegen eine Vorlesung über Verband und Verbandszeitung zu halten. Öffentlich trauden sich die Herren Unterbeamten nicht noch einmal der Mißhandlung unterziehen, da die Arbeiter über die Wirkung der Artikel im Verbandsorgan vollst. befriedigt sind. Ferner gelang es, so vorbereitet uns die Wahl der Arantentanzvertreter traf, die große Mehrheit der Vertreter von Seiten der Sektion zu wählen. Einige erwählenswerte Eigentümlichkeiten bei der letzten Generalversammlung der Arantentanz sollen einer ferneren Besprechung vorbehalten bleiben. Intuitiv an die gezeigten Erfolge forderte der Vorwärtende auf, auch im neuen Jahre unermüdet tätig zu sein, um mit einer steigenden Mitgliederzahl auch größere Erfolge zu erringen. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Kollege Schulz erster, Kollege Müller zweiter Vorwärtende, Kollege Theinhardt Kassierer, Kollege Weid erster und Kollege Bernede als zweiter Schriftführer. Darauf hielt Kollege Zimmer einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Die Endziele der Arbeiterbewegung“. In großen Zügen die Kulturübergänge schildernd, wies der Redner nach, wie wenig von all den Errungenschaften der Arbeiterklasse magte gekommen. Ern. nur der seit einem halben Jahrhundert existierenden modernen Arbeiterbewegung gelang es, hauptsächlich in den letzten Jahrzehnten, teilweise Erfolge für die Arbeiter auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu verzeichnen. In skandinavischen Ländern führte der Redner die zu erreichenden Ziele der modernen Arbeiterbewegung den Kollegen vor. Die Lehren des Sozialismus bieten die Gewähr, daß es dem Proletariat gelingen muß, der neuen Kultur die Wege zu bahnen. Aufklärung und Weisheit durch die Arbeiterpresse, Solidarität gegen alle Arbeitsbrüder, das sind die Mittel, um das gewählte Ziel zu erreichen. — Neben inneren Angelegenheiten kam im Verbandsteil folgender Vergleich zur Sprache:

„Vergleichen wir den Verbandskassierer Zaubert und dem stolzen Menge als meinen Vorwärtenden des Vertrauens. Menge erklärt, daß er in der fraglichen Vorstandswahl nicht den Lohn von 3,50 bis 3,75 M. als eine rechtliche Entschädigung für Arbeiter besichtigt habe, sondern nur einen Vergleich bezüglich der Honorierung der Werte dahin gezogen, daß die Verwaltung auch Arbeiter für 3 M. bekommen dürfte. Er gibt zu, daß dieser Vergleich bei seinen Kollegen Zweifel erregen konnte, da er ihn nur mit wenigen Sätzen erläutern hat. Zaubert erklärt, daß er aus den gezeigten Verhandlungen die Heberstunden gewonnen hat, daß Menge nicht die Abwehr hatte, in der ihm unterrichteten Weise den Lohn von 3,50 bis 3,75 M. für reichlich zu erachten.“

Es wurde bekannt gegeben, daß am 15. Januar 1905 eine Versammlung mit Frauen, verbunden mit gemächtem Besuchen und Tanz, im Gewerkschaftsbanke stattfindet. Mit der Aufforderung, wie bisher auch diese Versammlung zahlreich zu besuchen, ist der Vorwärtende die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband der städtischen Arbeiter.

Berlin XV (Gärtner und Parkarbeiter). In der Sektionsversammlung am 3. Dezember in den Remisallen gab der Arbeiterauswärtige den Bericht über seine letzte Sitzung. Derselbe wurde der letzte Bericht der Parkdeputation einer skandinavischen Arbeit unterzogen und die Ertragsleistung beantragt, sämtliche Mitgliedern der Deputation ein Schriftstück zuzustellen, worin die Parkarbeiter erklären, ihre gezeigten Forderungen aufrecht zu halten, insbesondere die Einführung von Staffellöhnen, um die Günstigkeitswirtschaft, welche jetzt bei Lohnzulagen herrscht, zu beseitigen; ebenso den Fortfall der Arbeitsstunde von 6—7 Uhr im Sommer. Für wertlos für die meisten Arbeiter wird die Verlängerung der Mittagspause um eine Stunde erklärt wegen der weiten Entfernung der Wohnung. Diefelbe würde sogar schädlich wirken, da die Arbeiter dadurch noch zu Mehrausgaben gezwungen würden, welche sie sich nicht leisten können. — Zur bevorstehenden Delegiertenwahl zur Arantentanz sollen die Kollegen nur solche Leute wählen, welche intendant und auch gewillt sind, die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Breslau. Achtung, Vereinstollegen! Am 28. Dezember dieses Jahres und am 6. Januar nächsten Jahres — 1905 — finden zwei Versammlungen unserer Zilliale statt, welche laut Bericht der letzten Mitgliederversammlung Generalversammlungen sein sollen. Die Tagesordnung in beiden Versammlungen ist sehr wichtig, wir erlauben deshalb unsere Mitglieder, zahlreich und pünktlich in den Versammlungen zu erscheinen.

Breslau. Im „Café Restaurant“ tagte am 1. Dezember eine öffentliche Versammlung städtischer Arbeiter, die sich eines zahlreichen Publikums zu erfreuen hatte. Arbeitersekretär Nebelein hielt an die Anwesenden eine Ansprache, in der er die Arbeitererfolge des Magistrats und der Stadtväter zum Gegenstand seiner Ausführung machte:

In der gezeigten Stadtverordnetenversammlung sind die Protokolle der Betriebsdeputation betreffend die Arbeitsverhältnisse in den städtischen Betriebswerken zur Kenntnisnahme übermittelt worden, woran sich eine längere Diskussion seitens des Magistrats und einiger Stadt-

berordneter getripst hat. Die Breslauer Gemeindenleiter haben bekanntlich an den Magistrat eine Petition gerichtet, in der die Verbesserung der Arbeitsbedingungen gewünscht wurde. Die Forderungen waren durchaus bescheidene, Einführung von Arbeiterauschüssen in allen Betrieben mit gemeinsamer Abstimmung der Mitglieder, Stundungsstrafen von 11 Tagen bzw. 1 Wochen nach fünfjähriger Dienzeit, Kesselfang bestimmter Lohnsätze, von 18 Mt. für ungelernte, für gelernte 21 Mt. je nach der Dauer der Dienzeit stehend, Verknüpfung der beiden Betriebskassentafeln in eine, damit die Beiträge und Leistungen gleichmäßig sind. Niemand werde behaupten können, daß diese Bedingungen für die anstrengende Arbeit, wie sie in den häßlichsten Verhältnissen gefordert wird, zu viel wären. Aber zu all diesen Wünschen, bis auf wenige Zusagen, verhält sich die Betriebsdeputation vollständig ablehnend. Arbeiterauschüsse seien nach der Ansicht des Bürgermeisters nicht notwendig. Diese würden nur zu rein agitatorischen Zwecken gefordert. Herr Mehl könne sich nicht zu der Höhe aufschwingen, wie größere Privatunternehmer, fast in jedem Fabrikbetriebe finde man einen Arbeiterauschuss, aber auch die Gemeindeverwaltungen der meisten größeren Städte im Lande haben schon längst derartige Einrichtungen getroffen, die sich für die Verwaltung wie für die Arbeiter gut bewähren, bei uns aber findet man etwas Dabunter, was nicht nur mündelnd be weisen werden könnte. Agitatoren, Hever sollen dabunter stehen. Die wirkliche Notwendigkeit solcher Einrichtungen will man nicht anerkennen, die doch nur zum Vortheil der Betriebe anzulagen können. Wie notwendig solche Ausschüsse wären, das zeigte Meiner an einem Beispiele. Ein Arbeiter, der 19 Jahre als Seiler in der Gas-anstalt II beschäftigt war, beklagte sich eines Tages über das schlechte Aemtermaterial, das ihm zu bearbeiten übergeben worden, beim Aufsteher, dieser sollte die von Vorgesetzten mit der Ingenieur stellte den Arbeiter dieserhalb zur Rede, er soll dabei ein paar barre Worte gähnt haben, und die Folge davon war die Degradation des Arbeiters, der seines Postens entbunden und einer Arbeitsabteilung zu gewiesen wurde, wo er täglich 70 Pf. weniger verdient. Zur Regelung solcher Verhältnisse solle ein Arbeiterauschuss vorhanden sein, der erst den Zustand prüft, er mit den Arbeitern in solcher Weise verfahren wird. Urlaub wolle man den Arbeitern nach fünfjähriger Dienzeit auf zwei Tage gewähren. Sehr gnädig! Zwei Tage reichen höchstens aus, sich einmal ordentlich ausmühen und zu reinigen. Zur Erhebung von den langen Strapazen sei die kurze Spanne Zeit denn doch gar zu wenig. Einige Stadtväter, die Herren Heilberg, Heim, Ehrenheim und auch Herr Stein, haben ihr sozialpolitisches Herz ausgeschüttet. Der Arbeiter soll nur nicht zu viel verlangen und zufrieden sein, was man ihm bietet, nach und nach würden die Wünsche, die zum Teil nicht berechtigt sind, schon erfüllt werden. Nur Stadverordneter Genosse Zang hat die Interessen der Arbeiter in der Zusage energisch vertreten und dem Magistrat die Notwendigkeit der Erfüllung ihrer Wünsche dargelegt. Die Hauptsache sei und bleibe, bemerke Mehlstein, daß die häßlichsten Arbeiter dem Gemeindearbeiterverbände gegenüber ihre Schutzlosigkeit im, dann werden sie auch erreichen, daß ihre Lage eine bessere wird. Nach einer kurzen Debatte wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die am 1. Dezember 1904 tagende öffentliche Versammlung der häßlichen Arbeiter und Handwerker erklärt sich mit den Beschlüssen der Deputation der häßlichen Betriebswerke die Handwerker und Arbeiter betreffend nicht einverstanden. Ebenso bedauert die Versammlung, daß in der heutigen Stadtverordnetenversammlung die Würdigung der Stadtverordneten sich den Ansichten der Betriebsdeputation angelehnt hat.

Die Versammelten erklären, nicht eher ruhen zu wollen, bis ihre äusserst bescheidenen Wünsche anerkannt und verwirklicht sind. Sie erklären weiter, daß sie zur Erreichung dieses Zieles geschlossen im Gemeindearbeiterverband — als der ihre Interessen allein wahrnehmenden Vereinigung — zusammenstehen wollen; unbeeinträchtigt durch alle Verleumdungen, die einseitige und boshafte Leute gegen den Verband schütten!

Zuletzt weisen die Erschienenen entschieden die Behauptungen des Bürgermeisters Herrn Mehl und anderer zurück, daß die häßlichen Arbeiter Breslaus sich von Agitatoren aufbeben oder beeinflussen lassen, sie erklären, durchaus mündig zu sein und verzichten auf derartige gute Lehren des Herrn Bürgermeisters und dessen Freunde. Bei den von der Stadt Breslau ihren Arbeitern gezahlten unzureichenden Löhnen bedürfen diese keiner „Aufbebung“, um mit ihrer Lage unzufrieden zu sein.

Gannstatt. Die häßlichsten Lohnarbeiter haben an die Stadt ein Gesuch um Gleichstellung mit den Zünftiger Arbeiter gerichtet, die sich um Fassung der Eingemeindung allerdings von selbst er geben würde. Nicht gleichgestellt mit jenen in Stuttgart sind bis jetzt Metzger, Metzger, Zahnstrome und die Väter sämtlicher Metzger (Gemeindegemeinschaft, Metzger, Metzger, Metzger), während die Metzgerbeamten durch die in diesem Jahre erfolgte Gehaltsaufbesserung von 300 Mt. pro Kopf mit ihren Zünftiger Kollegen schon gleichgestellt sind.

Stettin. Die Straßenreiner hielten am 12. Dezember ihre Versammlung im Lokale des Genossen Zude, Perlmerstr. 10, ab. Kollege Pollack hielt einen lehrreichen und mit Beifall aufgenommenen Vortrag über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der häßlichen Arbeiter

Stettins und kam bei dieser Gelegenheit auch auf die Stadtverordnetenwahlen zu sprechen. Darauf entwickelte sich eine lebhafteste Diskussion über unsere Petition, deren endgültige Fassung beschlossen wurde. Nach Erledigung mehrerer Verbandsangelegenheiten ließen sich noch einige Mitglieder aufnehmen, worauf mit einem kräftigen Hoch auf den Verband die gutbesuchte Versammlung geschlossen wurde.

Stuttgart. Mitgliederversammlung vom 11. Dezember. Tagesordnung: 1. Mitteilung der Verwaltung. 2. Beschlußfassung über die Neugehaltung unseres Krankenunterstützungsreglements. 3. Wünsche und Forderungen für das nächste Jahr. Kollege Zamboll, welcher die Versammlung um 3 Uhr eröffnet, fordert die Mitglieder auf, ihre Beiträge bis Ende des Monats zu entrichten, damit die Päder zur Kontrolle eingezogen werden können. Hauptächlich verlangt er, daß die Kollegen die Delegiertenener entrichten. Sodann trägt Kollege Alwator den von der Verwaltung gefassten Beschluß vor, die seitherige Krankenunterstützung von 50 auf 10 Pf. herabzusetzen, und außerdem soll die Marenzeit auf 52 Wochen erhöht werden und statt der seitherigen 20wöchigen die 12wöchige Unterstützung ab 1. Januar in Kraft treten. Die Gründe für diese Neuregelung liegen darin, daß durch die hohe Krankenzahl die Masse zu sehr in Anspruch genommen wurde, so daß in absehbarer Zeit das vorhandene Kapitalvermögen hätte angegriffen werden müssen, was verhindert werden soll. Was die Marenzeit betrifft, ging man davon aus, daß dies nur neu eintretende Mitglieder betrifft, die älteren also keinen Schaden haben. Die Parteizeit wurde deshalb erhöht, weil man sich ruhig sagen kann, wenn ein Mitglied ausgesenert wurde, so kann er ruhig ein Jahr warten bis er wieder Unterstützung erhält. Wenn sich aber das nächste Jahr besser macht als das zu Ende gehende, so können immer wieder Änderungen vorgenommen werden. Des weiteren wurde die Anmeldung durch den Arzt aufgehoben und holt sich in Zukunft Kollege Rudolf die genaue Krankenzeit beim Kassierer der Betriebskassentafel ein. Durch diese Abänderung bleiben dem Kranken die 50 Pf. Gebühr an den Arzt erspart. Es hat also der Kranke den Anmeldebchein selbst auszufüllen und sofort mit seinem Mitgliedsbuch an den Kassierer zu senden. An diese Ausführungen schloß sich eine längere Debatte, es wird jedoch bei der Abstimmung der Vorschlag mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Zu Punkt 3 trägt Kollege Alwator in zirkulär 12mündigen Ausführungen die von der Verwaltung gemachten Änderungsverschlüsse zur Arbeitsordnung vor. In trefflichen Worten wird vom Medner nach einmal Paragraph für Paragraph der alten Arbeitsordnung durchgenommen, dabei aber zugleich auch der Abänderungen und Neuregelungen bedacht. Es soll diese Neuordnung, welche von der Versammlung freudig aufgenommen wurde, in einer demnächst stattfindenden öffentlichen Versammlung, zu welcher sämtliche Stadtväter eingeladen werden, vor das Bürgerium gebracht werden. Nach Erledigung einiger Interna schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Aufforderung, sich an unserer Weihnachtsfeier am 18. Dezember recht zahlreich zu beteiligen.

Wiesbaden. Mitgliederversammlung am 4. Dezember bei Groß. Tagesordnung: 1. Die Eingabe an die Stadtverwaltung. 2. Verschiedenes. Bezüglich der Eingabe wurde berichtet: Es waren in jedem Betriebe 3 Mann beauftragt ihre Forderungen und Wünsche auszuarbeiten und dem Vorstand zu unterbreiten. Daran beteiligt sind 1. die Arbeiter vom Gas und Wasserwerk, 2. Kanal- und Nachreiner, 3. Straßenbau und Straßenreinigung. Die Forderungen lauten meistens übereinstimmend, und zwar: Lohnaufbesserung von 5 bis 10 Prozent für sämtliche Arbeiter, Gewährung von Sommerurlaub, Fortzahlung des Lohnes bei Krankheitsfällen, Einführung der Arbeiterauschüsse. Alle diese Punkte wurden nochmals eingehend besprochen und einstimmig angenommen. Kollege Junfer berichtete: Ein Arbeiter habe Urlaub erbeten und auch 10 Tage bekommen. Als er aber seinen Lohn in Empfang nehmen wollte, da hat es zu seinem nicht geringen Erstaunen schlecht gestimmt. Er fragte nun seinen Vorgesetzten über die Sache: der gab ihm folgenden Bescheid: Zwei Drittel bekommen sie von ihrem Lohn, und ein Drittel fällt der Armenverwaltung zu; sie können ihren Lohn auch erhalten, dies gilt aber als Armenunterstützung. (Das ist ja sehr sonderbar! D. A.) Kollege Meier erklärte: In Düsseldorf wurde die Stadt Wiesbaden prämiert wegen ihrer Wohlfahrtsanstalten. Da heißt es im goldenen Buch: Wer bis zu einem Vierteljahr krank ist, erhält seinen vollen Lohn weiter. Aber leider steht es bloß auf dem Papier. Kollege M. Hoffmann stellte den Antrag: Sämtlichen Arbeitern bei Sonn- und Feiertagsarbeit und während der Nachtarbeit ist ein Lohnzuschlag von 50 Prozent zu gewähren; dieser Antrag ist bei der Eingabe zu vermerken. Sämtliche anwesenden Kollegen waren der Ansicht, daß Kollege Alwator die Eingabe mit ausarbeiten solle, und er müsse in aller nächster Zeit hier herkommen. Der Vorstand wurde noch beauftragt, ihn sofort zu benachrichtigen. Zum Schluß wurde noch erklärt, daß Kollege Dorst, beschäftigt auf dem Nachricht-lagerplatz, fünf Tage krank war, aber bei der heutigen Betriebskassentafel nicht angemeldet ist. Infolgedessen hat er kein Krankengeld bekommen, die Stadt aber hat ihn auch nicht entschädigt.

Hus den Stadtparlamenten und Verwaltungskollegien.

Breslau. Die Breslauer Stadtväter haben sich bei der Besoldung ihrer höchsten und höheren Beamten nie niedriger, im Gegenteil sogar immer sehr nobel gezeigt. Der höchste Beamte der Stadt erhält jährlich 25 000 Mk., ungefähr so viel wie ein preussischer Minister, und jedenfalls mehr wie der Oberpräsident von Schlesien, der im Range weit über dem Oberbürgermeister von Breslau steht. Der zweite Bürgermeister erhielt früher 12 000 Mk. jährlich, als Herr von Pfeilheim von dieser Stellung jedoch zurücktrat, hielt man es für dringend nötig, dieselbe nun mit einem Jahresgehalt von 15 000 Mk. auszustatten. Bis weit in bürgerliche Kreise hinein war man mit dieser Absicht durchaus nicht zufrieden, als jedoch der sozialdemokratische Stadtverordnete Wrubius sich in der Stadtverordneten-Versammlung entschieden gegen den Antrag wendete, trat ihm niemand zur Seite, nur bei der Abstimmung wagten etwa einhalb Dutzend bürgerliche Stadtväter ihrer Abneigung gegen jene ganz unmotivierte bedeutende Erhöhung eines ohnehin glänzenden Jahresgehältes dadurch Ausdruck zu geben, daß sie gegen den Antrag stimmten, der natürlich mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Die Freunde hoher Gehälter der ersten Kommunalbeamten begründen ihre „Liberalität“ gern mit der Erklärung, die Stadt brauche die besten Kräfte, die zu haben seien, und müsse deshalb die höchsten Gehälter zahlen. Daß man aber, trotz der hohen Gehälter, die besten Kräfte auch immer hat, wagen die Herren wohl selbst nicht zu behaupten. Andererseits: Hat denn der Staat, der seinen hohen Beamten gewiß sehr viel, aber doch erheblich weniger zahlt, wie die Stadt — der Regierungspräsident von Breslau hat jährlich fast 50 000 Mk. Gehalt weniger wie der zweite Bürgermeister von Breslau — infolgedessen die minderwertigen Kräfte? Das werden die Herren doch wohl nicht sagen wollen. Das Magistratskollegium ist in den letzten Jahren um einige Herren vermindert worden, andererseits sind wiederholt Gehaltserhöhungen, auch für die Herren Stadträte, erfolgt. Die 11 bediensteten Mitglieder des Magistrats erhalten jetzt jährlich zusammen rund 113 000 Mk. Gehalt, zusammen mit den Magistratsassessoren beläuft das Magistratskollegium eine Gesamtsumme von 179 000 Mk. Vor fünf Jahren betrug diese Summe erst 130 000 Mk., sie ist in diesem kurzen Zeitraum also um fast 50 000 Mk. gesteigert worden.

Soviel von dem Großen, und nun des Montraites wegen noch etwas von den Kleinen, den untersten Beamten und den städtischen Arbeitern. Daß die diesjährige Ausgabebestimmung für Löhne, Löhnen, Mobiliarien nur rund 317 000 Mk. beträgt und noch um 5000 Mk. niedriger ist, wie die fünfjährige Durchschnittsausgabe für diesen Posten, zeigt, daß man in der Stadtverwaltung auch sehr „sparsam“ sein kann. Und dabei darf man nicht unerwähnt lassen, daß diese Arbeiten infolge des gewaltigen Anwachsens der Stadt sich ebenfalls bedeutend vermehren. Wenn man hier also soviel weniger ausgibt, wie in früheren Jahren, so läßt das nur die Annahme zu, daß jetzt von den Lohnschreibern und sonstigen gewöhnlichen Arbeitern dieser Art im Dienste der Stadt entweder mehr Arbeit für das gleiche Geld geleistet werden muß wie früher, oder die Löhne erniedrigt wurden. Vielleicht gar müssen die Armen jetzt für weniger Lohn mehr leisten als früher.

Daß hunderte der städtischen Beamten mit einem Jahresgehalt von 900 Mk. ihren Dienst beginnen müssen, spricht allerdings nicht für die Notleide der Herren Stadtväter, die sich, wie gezeigt, an anderer Stelle so glänzend betätigen. Aber wenn es dabei noch bliebe. Die Führer der städtischen Straßenbahnwagen, die gewiß einen schweren und sehr verantwortungsvollen Dienst haben, müssen zunächst mit einem Monatsgehalt von sage und schreibe 66 Mk. (1) sich und ihre Familien ernähren. Erst nach fünf Dienstjahren ist das Gehalt auf 85 Mk. monatlich gestiegen, nach 20 Jahren auf 110 Mk., also 3,65 Mk. pro Tag. Natürlich ist der Wagenführer, der täglich den schlimmen Witterungseinflüssen ausgesetzt war, bei einer Arbeitszeit von 12—14 Stunden täglich, längst den Qualen des irdischen Jammers ertrückt, ehe er sein Einkommen zu jener fürstlichen Höhe gesteigert sieht.

Ein kritischer Spaziergang durch den Etat der Stadt Breslau würde noch manchen schönen Beweis dafür erbringen, wie freigebig die Stadt sich ihren kleinen Beamten gegenüber zeigt. Hier nur noch ein paar Beispiele dafür, wie man die städtischen Arbeiter belohnt. Die 18 Wärter der städtischen Spiritus- und Petroleumlaternen sind in drei Lohngruppen geteilt, von welchen die erste und höchste bezahlte Gruppe von sechzehn Mann monatlich je 67,50 Mk. erhält. Die zweite Gruppe bringt es jedoch nur noch auf 62,50 Mk. pro Mann und Monat, die letzten sechzehn Mann aber erhalten gar nur je 57,50 Mk. pro Monat. Und für diesen fabelhaften Lohn müssen die Leute nicht nur wochenlang, sondern auch Sonntags ihren Dienst versehen. Daß die Stadt Hunderten anderer Arbeiter einen Tageslohn von 2,20 bis 2,70 Mk. zahlt, ist ja bekannt genug und demgemäß zum Ruhme der Stadt, die ihre höchsten Beamten so glänzend bezahlt.

Wenn von den sozialdemokratischen Vertretern in der Stadtverordneten-Versammlung auf das fürchterliche Mißverhältnis in der Entlohnung hingewiesen worden ist, sind die Herren bürgerlichen Vertreter die Ohren nicht gern, die Sozialdemokraten wollten im Lohne alles gleich machen, den Oberbürgermeister nicht besser bezahlen wie

einen Kalkenwächter oder umgekehrt diesen so hoch wie den Oberbürgermeister. Mit solchen faulen Wigen kann man natürlich nicht die empörende Ungerechtigkeit verdecken, die in der jämmerlichen Bezahlung der Kleinen gegenüber den überreichen Gehältern der Großen liegt.

Breslau. Die Wünsche der städtischen Arbeiter auf größere Erleichterung und Sicherung ihres Dienstes sowie auf bessere Bezahlung haben, wie aus den Vorlagen für die nächste Stadtverordnetenversammlung hervorgeht, der Betriebsdeputation zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt. Wie nicht anders zu erwarten, ist der Beschluß fast gänzlich ablehnend ausgefallen und die städtischen Arbeiter, die bei der Wahl den bürgerlichen Kandidaten ihre Stimmen gegeben haben, haben sich ins eigene Fleisch geschnitten. Wir lassen hier die Forderungen der Arbeiter folgen und stellen daneben die Beschlüsse der Betriebsdeputation:

- | | |
|---|---|
| <p>Forderung:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Einführung von 14-tägiger Kündigungsfrist für alle über 4 Wochen Beschäftigten, vier Wochen Kündigungsfrist nach 6 Jahren und nach 10 Jahren Kündigung und Entlassung nur durch Magistratsbeschluss. 2. Errichtung von Arbeiter Ausschüssen für alle städtischen Betriebe. 3. Festsetzung einer Lohnskala für alle Arbeiter, die mehr als 4 Wochen in städtischen Betrieben beschäftigt sind. Der Wochenlohn soll betragen für a) ungelernete Arbeiter 18 Mk., b) gelernete Arbeiter 24 Mk. Steigerung der Löhne nach einjähriger Dienstzeit um 1,50 Mk. pro Woche, später von zwei zu zwei Jahren ebenfalls um 1,50 Mark pro Woche. Ende der Alterszulage nach 20-jähriger Dienstzeit. | <p>Beschluss:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Nach fünfjähriger Dienstzeit 14 Tage, nach zehnjähriger 4 Wochen Kündigungsfrist. 2. Abgelehnt, weil kein Bedürfnis vorhanden. 3. Die schematische Festsetzung der Arbeitslöhne mit bestimmten Steigerungen in festzulegenden Zeiträumen wird abgelehnt. Die Steigerung der Löhne soll nach wie vor nur bei Bewahrung des Arbeiters oder aus sonstigen für rechtfertigenden Gründen erfolgen. |
|---|---|

Außerdem hat die Betriebsdeputation noch einige Beschlüsse gefaßt, die sich nicht auf Forderungen der letzten Periode der Gemeindeführer beziehen, die aber, insbesondere der Schlichter über den gewährenden Urlaub, auf wiederholt geäußerte Wünsche der Arbeiter Bezug haben, ohne sie nur im entferntesten zu erfüllen. Diese Beschlüsse haben nach dem Protokoll folgenden Wortlaut:

Arbeitern, die der Stadt längere Zeit, in der Regel mindestens 15 Jahre, gedient haben, kann (1) bei verminderter Arbeitsfähigkeit bis zum Eintritt der Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Gemeindebeschlusses vom 12. Dezember 1899 derselbe Gehalt bezahlt werden, den sie bei voller Arbeitsfähigkeit zuletzt bezogen haben.

Diese Vergünstigung kann nicht als festsitzendes Recht gefordert und auch jederzeit geändert oder wieder entzogen werden. Ueber Gewährung, Änderung oder Entziehung der Vergünstigung entscheidet der Betriebsleiter. (1)

Kerner empfiehlt die Deputation ebenfalls unter der Voraussetzung dem Magistrat, daß die Einführung für alle städtischen Betriebe geschieht.

Die Gewährung eines jährlichen Urlaubes den gegen Lohn Be- diensteten, und zwar:

von 2 Tagen bei einer Dienstzeit von mindestens 5 Jahren (!)	
" 4 " " " " " " " " " "	10
" 6 " " " " " " " " " "	15
" 8 " " " " " " " " " "	20

unter Fortzahlung des Lohnes und möglichst während der Sommerzeit. Hierbei sollen die Urlaubstriebe sich mit ihrem Anfang oder ihrem Ende, sowie (bei sechsstäggem Urlaub) mit Anfang und Ende möglichst an einen Sonntag anschließen.

Die „Breslauer Morgenzeitung“, die der bisherigen Verwaltung politisch sehr nahe steht, meint zu diesen Beschlüssen, daß sie „sozialpolitisch recht dürrig“ sind. Das meinen wir auch. Man denke, was fünf Jahren ganze zwei Tage „Urlaub“! Da ist ja ein privates Unternehmen viel liberaler, als diese „liberale“ Stadtverwaltung. Um in der Beziehung aber gründlich aufzuklären, ist die Wahl von Sozialdemokraten und Stärkung der Organisation dringend notwendig. Sonst geht die Sache immer in ihrem alten Schandentum zu Grunde.

Görlingen. In der Sitzung der bürgerlichen Kollegien vom 8. Dezember wurde eine längere Debatte durch eine Eingabe der städtischen Arbeiter um Lohnerhöhung hervorgerufen. Auf Anforderung des Stadtvorgabes hatte das Dienstamt eine Aufstellung über die Arbeitsverhältnisse und Löhne der städtischen Arbeiter gegeben. In diesem Verlaufe wurde die Herabsetzung verschiedener Bestimmungen der städtischen Arbeiter nachgewiesen, wodurch die Kommission zur Ablehnung der geforderten Lohnerhöhung veranlaßt wurde. Hr. Schlegel gab zunächst seinem Bedauern über

diese Ungleichheit der städtischen Arbeiter unerböhten Ausbruch. Er unterzog darauf in eingehender Weise die Arbeitsverhältnisse einer längeren Kritik und ersuchte das Kollegium, angesichts der allgemeinen Verteuerung der Lebensmittel und Zieherung der Mietspreise den städtischen Arbeitern durchgehend eine Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde zu gewähren. Dieser Antrag wurde von 691. Mölle und 291. Veins warm unterstützt. Von allen übrigen Rednern wurde ebenfalls anerkannt, daß die Löhne der städtischen Arbeiter bei den heutigen Verhältnissen unzulänglich sind, doch konnten sich dieselben nicht entschließen, dem Antrage Schlegel zuzustimmen. 691. Schwarz beantragte, die Angelegenheit an die Kommission zurückzuverweisen und in der nächsten Sitzung endgültigen Beschluß darüber zu fassen. Es ist nach der Sitzung, welche sich im Kollegium kundgab, mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß den Arbeitern eine Aufbesserung ihres Lohnes zuteil wird. Nicht weniger als 12 Punkte fanden in der sich anschließenden nichtöffentlichen Sitzung zur Beratung; darunter ein Gesuch der auswärtigen Arbeiter um Zuweisung eines Lokals über die Mittagsstunde zur Einnahme des Mittagessens. Denselben wurde infolgedessen, als ein Platz im alten Rathaus vorübergehend zur Verfügung gestellt wird.

Cutin. In seiner Sitzung vom 12. Dezember d. J. lehnte der Gemeinderat es ab, die Ansprüche der städtischen Arbeiter an der Kranken- und Invalidenversicherung auf die städtischen Kosten zu übernehmen.

Der Cutiner Gemeinderat hätte sich da mehrere Arbeitergenossenschaften zum Beispiel nehmen sollen, die anstandslos die gesamten Versicherungsbeiträge tragen. So z. B. der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ in Hamburg.

Wörlin. In nichtöffentlicher Sitzung bewilligten die Stadtverordneten anlässlich des 50-jährigen Bestehens der hiesigen Gasanstalt allen städtischen Arbeitern der Gasanstalt Ehrengeldente, und zwar den mündigen 40 Jahre lang beschäftigten 100 Mk. und so fort in Abminderung bis zu 5 Mk. für die Jüngsten.

Hannover. Der Magistrat beschloß, der Errichtung von Wohnhäusern für seine städtischen Arbeiter und Unterbeamten näher zu treten. In Aussicht genommen ist zunächst der Bau von 10 bis 12 Häusern, für je sechs bis acht Familien, auf einem Terrain in der Endstadt. Weiter beschloß der Magistrat zum nächsten Etat die Einrichtung eines städtischen Arbeitsnachweises.

Kaiserslautern. Nach einem Beschlusse des hiesigen Stadtrats erhalten alle in städtischen Diensten stehenden Arbeiter, sobald sie Alters- oder Invalidenrente beziehen, hierzu einen Zuschuß aus der Stadtkasse, und zwar von 50, 100 und 150 Mk., je nachdem sie bei der Stadt längere oder kürzere Zeit verwendet worden sind.

Schmargendorf bei Berlin. Die Gemeindevertretung hat in nichtöffentlicher Sitzung die Gewährung von Mubelohn und von Renten und Waisengeldern für die im Dienste der Gemeinde ohn-Pfennigberechnung dauernd beschäftigten Personen beschlossen und den Gemeindevorstand ermächtigt, Eibehaltungssatz auf die Gemeindegeldarbeiter zu erlassen. Die Anwartschaft auf den Mubelohn beginnt nach schwebender mündelrechtlicher Tätigkeit bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit ohne eigenes Verschulden, sowie nach Vollendung des 65. Lebensjahres; die Arbeitszeit von dem 21. Lebensjahre wird nicht berücksichtigt. Auf Personen, die nach Vollendung des 50. Lebensjahres oder nach bereits einsetzender Beschränkung ihrer Arbeitsfähigkeit in den Gemeindegeldern treten, finden die Vorschriften über den Mubelohn keine Anwendung. Der Mubelohn beträgt nur fünfzehn Zwanzigstel des Durchschnittslohnverdienstes der beiden letzten Kalenderjahre, bezogen mit jedem weiteren Eintrittsjahr um ein Zwanzigstel bis zum Höchstbetrage von 15 Zwanzigstel. Der Wert der Zinsenrechnung und der Naturalbezüge wird berücksichtigt. Das Waisengeld beträgt 10 Proz. des Mubelohnes, das der Ehefrau bezogen hat oder das ihm in Aussicht stand, wenn er am Todestage in den Mubelohn verstorben wäre. Das Waisengeld beträgt für jedes Kind bis zum vollendeten 16. Lebensjahre, je nach Lage der Verhältnisse, ein Drittel bis ein Drittel des Waisengeldes. Den Gemeindegeldarbeitern kann nach zweijähriger Dienstzeit alljährlich ein Urlaub von einer Woche unter Vorbehalt abgesehen werden. Entlassene Gemeindegeldarbeiter sind in dem Waisengeld ein höherer Zuschuß von einer Mark bis zur Dauer von vier Wochen gesahrt.

Hamburg, wo bleibst Du?

Wandsbek. Alterszulage an städtische Arbeiter ist eine der dringlichsten, über die in der nächsten Sitzung der städtischen Kollegen verhandelt werden soll. Die Zulage für die nächsten nächsten Jahren werden wiederholt beschloß. Beschloß wurde in der gemeinsamen öffentlichen Sitzung vom 30. April d. J. den Arbeitern Alterszulagen zu gewähren, und zwar nach ungeschätzter Berechnung 2. Mk. bis zum 10. April bis zum 30. September von 10 Mk. nach fünfjähriger Dienstzeit. Diese Zulagen sollen nach dem Beschlusse in Folge geleistet werden.

Ein Ministerialerlass für Bauarbeiter. Die Minister des Innern sowie für Handel und Gewerbe haben bereits der Unterstaatssekretäre für Arbeiter öffentlicher Bauten an die Reichsregierungspräsidenten einen Erlass erlassen, in dem es unter anderem heißt: „In den Tagesberichten der Gewerkschaftsbeamten ist wiederholt über die

mangelhafte Unterbringung von Arbeitern Klage geführt worden, die vorübergehend bei größeren Bauten, insbesondere bei Bahn- und Wegebauten, beschäftigt wurden, ohne daß die Bauunternehmer ungeachtet des Mangels geeigneter Unterkunftsräume ihrerseits für die Unterbringung der Arbeiter Vorsorge getroffen hätten. Die Arbeiter haben sich in solchen Fällen sogar aus Erde und Baumzweigen Hütten erbaut, worin sie zum Teil mit ihrer oft recht zahlreichen Familie wohnen.“ Nachdem sodann darauf hingewiesen ist, daß in solchen Fällen die Polizeiverordnung verlaßt, daß dagegen die den Unternehmern auferlegenden Vertragsbedingungen ein geeignetes Mittel zur Abhilfe seien, heißt es in dem Erlass zum Schluß:

„Vertragsmäßige Leistungen bieten eine ausreichende Grundlage, um die Unternehmer zur Beschaffung eines geeigneten, allen billigen Anforderungen hinsichtlich Größe, Ausstattung, Reinlichkeit usw. entsprechenden Unterkommens für ihre Arbeiter wirksam anzuhalten. Wir ersuchen Sie daher, auf die Aussicht unterliegenden Gemeinden und anderen öffentlichen Körperschaften, insbesondere die weiteren Kommunalverbände, dahin einzurwirken, daß sie bei der Uebertragung von Vauausführungen an Unternehmer diesen gleichartige Verpflichtungen auferlegen. Die Landräte wollen Sie hinsichtlich der ihrer Aufsicht unterliegenden Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften mit gleicher Wirkung versehen. Zugleich wollen Sie Äußerung dafür treffen, daß die Polizeibehörden der Unterbringung der in Rede stehenden Arbeiter ihre besondere Aufmerksamkeit widmen.“

Kommunale Rundschau.

Groß-Berlin in Ziffern. Nach einer statistischen Zusammenstellung hatte sich, wie wir kürzlich mitteilten, ergeben, daß just zur Jahreswende Berlin seine vollen zwei Millionen Bewohner haben könnte, denn nur etwa dreitausend Seelen fehlen uns noch. Bei der letzten Volkszählung vom 1. Dezember 1900 hatte Berlin 1 888 818 Einwohner, es hat in 4 Jahren mithin „nur“ um 107 800 Einwohner zugenommen, so viel wie gegenwärtig Augsburg zählt. Diese verhältnismäßig geringe Zunahme erklärt sich aus dem Umstande, daß Berlin am Ende seiner Ausdehnungsfähigkeit bald angelangt ist und viele Einwohner nach den Vororten abzieht. Viel bedeutender im Verhältnis ist aber der Aufschwung der Vororte. Am 1. Dezember 1900 hatten sämtliche Berliner Vororte zusammen eine Einwohnerzahl von 683 178 Seelen, nur 20 000 weniger als Hamburg am gleichen Zeitpunkt. Davon entfielen auf die westlichen Vororte (Charlottenburg, Schöneberg, Friedenau, Steglitz, Vichterfelde, Zehlendorf, Lantow, Südröde, Grunewald, Wilmersdorf, Schmalogendorf) 391 956, also fast $\frac{2}{3}$ auf die südlichen (Mirdorf, Britz, Mariendorf, Tempelhof) 113 628, auf die nördlichen (Pankow, Schönlansen, Weißensee, Dalkdorf, Ploegensee, Reinickendorf, Teegl) 91 188, auf die östlichen (Mammelsburg, Friedrichsfelde, Vichtenberg, Schönewalde, Stralau, Treptow) 86 106. Groß-Berlin hatte mithin Dezember 1900 2 572 026 Einwohner, genau so viel wie die Städte Hamburg, Minden, Leipzig, Dresden, Frankfurt a. M., Magdeburg am gleichen Termin zusammen Einwohner hatten.

Man vergleiche nun nach den neulich veröffentlichten des Statistischen Amtes der Stadt Berlin die Zahlen vom 1. Dezember 1901 mit denen vor vier Jahren. Einen riefenhaftigen Aufschwung haben die westlichen Vororte genommen, sie zählen zusammen jetzt 502 217 Einwohner; dann kommen die südlichen mit 158 273 Einwohnern, dann die nördlichen mit 113 711 Einwohnern; am geringsten ist der Zugang bei den östlichen Vororten: ihre Einwohner beffern sich auf 112 143 Seelen. Zusammen hatten alle Vororte jetzt 886 377 Einwohner, mithin eine Zunahme von 203 199 Seelen gegen 1900. Berlin zählt jetzt mit seinen Vororten 2 883 085 Einwohner gegen 2 572 026 Einwohner am 1. Dezember 1901. Zur Illustration des Aufschwunges mögen folgende Zahlen dienen, zuerst die von 1900, dann die von 1901: Charlottenburg 189 305, 218 939; Schöneberg 95 908, 126 828; Wilmersdorf 30 671, 32 675; Steglitz 21 125, 28 318; Vichterfelde 23 175, 32 855; Mirdorf 90 121, 110 293; Vichtenberg 13 372, 50 213; Neu-Weißensee 31 911, 35 261; Pankow 21 529, 25 111. Die geringste Entwicklung zeigen Britz (8728, 9803), Grunewald (3250, 1256), Wackerdörnschweide (2121, 2528), Südröde (1276, 1326), Ploegensee (4550, 4363), Teglern (216, 290).

Den städtischen städtischen Arbeitern in Dresden ist durch die Arbeitsordnung verboten, Montagsmorgen anzuheben. Dieses Verbot war vom Stadtkonvent auch auf die Frauen der städtischen Arbeiter ausgedehnt worden, ist aber jetzt auf Widerruf wieder aufgehoben worden, da es durch Ratsbeschlusse, als nicht gerechtfertigt erachtet werden ist.

Kommunale Wohnungsverhältnisse. Die Stadtgemeinde Frankfurt a. M. soll bestreben, von der Gemeinde Avenheim ein größeres Gelände zu kaufen, von dort Wohnungen bauwirtschaftlich für Arbeiter zu errichten. Man sucht von einem Gelände von etwa 10 Morgen im Umfang.

Eine Verschmelzung der beiden Städte Nürnberg und Fürth, so wird aus Nürnberg berichtet, zu einem einzigen Gemeinwesen wird seit einiger Zeit von Fürth aus betrieben. Der Nürnberger leistungsfähiger Stadt, Herr Mayer, und der Gemeindegemeinschaft

Dr. Morgenstern sind die Väter dieses Gedankens. Sie haben bereits einige vertrauliche Vorbesprechungen mit einer Anzahl von Gemeindevertretern abgehalten, um die Sache in Fluß zu bringen und zu bewirken, daß ein Antrag auf die Einverleibung Kürths nach Nürnberg gestellt wird.

Die Sache wurde aber vor der Zeit durch eine Indiskretion ruckbar und die bürgerliche Lokalpresse Kürths macht bereits den „Votalpatriotismus“ mobil, um das Projekt zu hintertreiben. Der „Kürthber Genetalanzeiger“ meint, bei einer solchen Auslieferung unserer Stadt nach Nürnberg müßte jedem aufrichtigen Kürther aus Liebe zu seiner Vaterstadt das Herz voll Groll im Leibe erzittern“.

Die Einverleibung könnte aber für beide Städte, die schon von jeher durch gemeinsame Interessen eng miteinander verbunden sind und obnehin durch keine sichtbare Grenze mehr getrennt sind, nur von Vorteil sein; Kürth würde dabei das Meiste gewinnen, Nürnberg würde durch die Verdrängung in der Reihe der größten Städte um einen gewaltigen Schritt vorrücken, da es einen Zuwachs von 60 000 Einwohnern erhalten und dann insgesamt circa 310 000 Einwohner zählen würde.

Es haben bereits Verhandlungen stattgefunden, bei denen sich eine eigentlich recht unverständliche Situation zeigte. Weiteren Nachrichten zufolge ist eine Einigung nicht zu erzielen gewesen und das Verschmelzungsobjekt bis auf weiteres ad acta gelegt.

Der hilflose Staatsanwalt. Am 3. November hatte der Genosse Luitz in Frankfurt a. M. der dortigen Staatsanwaltschaft einen Antrag auf Einleitung des Strafverfahrens gegen sich selbst eingereicht. Es handelt sich um eine ganze Anzahl Artikel und Notizen in der Frankfurter „Volksstimme“, in denen gegen den Verwalter des nürnbergischen Führers, schwere Angriffe enthalten waren, die, wenn sie nicht wahr wären, dem Verantwortlichen erhebliche Strafen

eintragen müßten. Die Staatsanwaltschaft hat aber bis jetzt noch keine Anklage gegen Luitz erhoben. Dagegen hat sie bei Luitz amtlich anfragen lassen, wie denn die Anklage gemacht werden soll.

Das ist doch einmal etwas Neues in der deutschen Freigedicht. Ein Staatsanwalt, der bei dem sozialdemokratischen Verteidiger einer Erdmungsstätte anfragt, wie die vom Verteidiger gewünschte Strafverfolgung gemacht werden könnte!

Preussischer Städtetag. Die Einberufung eines preussischen Städtetages war für den 6. Dezember angesetzt. Es wurde über die Rechte der Städte an ihren Schulen, über das Akutklinikengesetz und über das Gesetz zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse verhandelt.

Kommunale Arbeitersekretariate. Der Magistrat von Magdeburg plant die Errichtung eines städtischen Arbeitersekretariats als Anstaltsstelle in Arbeiterclubs, Arbeiterversicherungs- und anderen Fragen des öffentlichen Rechts. Auch eine Vereinigung Magdeburger Rechtsanwältinnen hat den Wunsch geäußert, eine gleiche Anstaltsstelle für Fragen des Privatrechts zu errichten und die nötigen Vorarbeiten einer Kommission zu übertragen, die einer alsbald einzuberufenden neuen Versammlung bestimmte Vorschläge unterbreiten soll. Diese Anstaltsstelle der Anwälte soll bald in Wirksamkeit treten und die Arbeiterbewegung bekämpfen.

Mitteilungen für den Versammlungs-Anzeiger

bitten wir bis zum 15. Januar 1905 an uns einzuwenden. Anfolge des Raummangetes und wir nicht in der Lage den Versammlungsanzeiger in jeder Nummer abdrucken zu können. Das kann bis auf weiteres nur ein- oder zweimal im Quartal geschehen. Es empfiehlt sich deshalb, daß alle Mitglieder die betretende Nummer aufheben, daß sie nichts zur Hand ist.
Die Redaktion.

„Die Gewerkschaft“ erscheint alle 14 Tage freitags und ist durch die Post unter Nr. 3164 der Postzeitungsliste zu beziehen. Der Bezugspreis für das Vierteljahr ist 2 M. (ohne Postgeld). -- Anzeigen kosten die dreispaltige Fortsetzung 0,10 M., bei Wiederholungen billiger. Für Verbands-Zeitungen und Mitglieder 0,15 M. netto.

Totenliste des Verbandes

Rudolf Weisleder, Hamburg
† 26. November im Alter von 52 Jahren

Wilhelm Allers, Hamburg

Gustav Menzel, Lichtenberg
† 1. Dezember im Alter von 48 Jahren

Johann Buchholz, Friedrichshagen
† 4. Dezember im Alter von 71 Jahren

Ehre ihrem Andenken!

Allgemeiner Bau-, Spar- und Wohnungsverein „Solidarität“
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Nachtrag zur Bilanz 1903.
Das Geschäftsergebn der Genossen hat sich um 19,99 M. vermehrt, die Kasssumme der Genossen um 8000 M. verringert.

Bruno Boersch. Sch. Bürger.

Verbands-Mitglieder Dresdens!

Sonnabend, den 21. Januar 1905, 8 Uhr abends

General-Versammlung
im Saale des Volkshauses, Ritzbergstr. 2, parterre

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Massenbericht für das Jahr 1904. 2. Neuwahl des Geschäftsführers und der Revisoren. 3. Stellungnahme zur Gründung eines Sekretariats für Dresden und die notwendigen Ausgaben hierzu. 4. Gewerkschaftliches. — Zu jedem Punkt Debatte.

Mitgliedsbücher sind am Eingang des Saales als Legitimation vorzuzeigen. -- Das Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht.

Dresden, den 19. Dezember 1904. **Der Vertrauensmann**
A. Lützen.

Deutsche erkl. Rolands-Fahrräder
auf Wunsch auf Teilzahlung.
Anzahl 30-50 Mk. Abzahl.
8-15 Mk. monatlich. Gegen
Barzahlung liefern Fahr-
radreparatur 70 M. an. Man
verlange umsonst Preisliste

Roland-Maschinen-Gesellschaft
in Köln 667, Rolandstr. 8.

Quittungs-Marken u. Kautschuk-Stempel
für Krankenkassen und Vereine zum quittieren der Beiträge.

Gegründet 1879

Rollen-Billets fortlaufende Nummern.
Preislisten versende umsonst.

Jean Holze Hamburg
Drehbahn 15.

Achtung!

Allgemeiner Bau-, Spar- und Wohnungsverein „Solidarität“,
E. G. m. b. H.

Anmeldungen, Mitgliederannahmen, Auskunfts-
in der Geschäftsstelle
Berlin W. 57, Wilhelmstr. 21.

Achtung!

Wiesbadener Kollegen!

Unsere diesjährige Weihnachtsfeier findet am 1. Weihnachtsternabend am 25. Dezember, präzis 4 Uhr nachmittags, beim Genossen Wilhelm Pieper, Schwabacherstr. 13, statt. Es bitten um recht zahlreichen Besuch.

Die Ortsverwaltung.
A. M. H. Hoffmann.

Verlag. In Vertretung des Verbandes der in Gemeinde und Einzelbetrieben Leiharbeiter und Unter Angehörten Bruno Boersch. Vertrauensmann Redaktor: S. Bürger, beide Berlin W. 57, Wilhelmstr. 21. -- Druck: Fortwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 63.